

3

Prävention

Der Verband für Sicherheit in der Wirtschaft hat ein Forum zur IT-Sicherheit für Behörden geschaffen.

13

Emotet

Der Trojaner Emotet richtet seit dem Jahr 2014 in öffentlichen Einrichtungen Schaden an.

21

SPEZIAL

Lösungen und Hintergründe rund um Cloud & IT-Infrastruktur in öffentlichen Einrichtungen.

In dieser Ausgabe

Politik & Verwaltung

4 | Wir haben mit der FIT-KO-Präsidentin, Dr. Annette Schmidt, über die Herausforderungen der kommenden Monate gesprochen.

5 | Niedersachsen plant eine Open-Data-Strategie und macht sich für eine Identifikationspflicht im Netz stark.

6 | Der sächsische Staatssekretär Thomas Popp erläutert die Konzeption des Beteiligungsportals im Freistaat.

8 | Der Freistaat Bayern hat ein umfassendes 12-Punkte-Programm zur Digitalisierung aufgestellt.

Praxis & Innovation

13 | Das BMI sucht und fördert Smart-City-Modellprojekte.

14 | Trends im digitalen Gesundheitswesen.

15 | Die Potsdamer Stadtverwaltung hat mit den Nachwirkungen eines Cyberangriffs zu kämpfen.

16 | Mehr Wertschöpfung durch „ITIL 4“.

17 | Wie kann sichere mobile Kommunikation in Behörden aussehen?

18 | MDR und DVG legen App-Entwicklern Steine in den Weg.

19 | Relevante Veranstaltungen für den Public Sector.

Impressum Seite 26

Umsetzung digitales Unternehmenskonto

IT-Planungsrat beauftragt Bremen und Bayern

Eine wesentliche Rolle bei der OZG-Umsetzung wird das Unternehmenskonto spielen. Für die zeitnahe Einführung haben die beiden Bundesländer Bremen und Bayern nun die Verantwortung übernommen.

Nicht ohne Stolz erklären die beiden Länder dazu: „Unternehmen haben jedes Jahr durchschnittlich 130 Kontakte zu Behörden. Das bedeutet einen enormen Arbeits- und Zeitaufwand. Zu Recht wartet die Wirtschaft sehnsüchtig auf digitale Lösungen, um alle Anträge einfach, schnell und in allen Bundesländern gleich abwickeln zu können. Bayern ist es jetzt gemeinsam mit Bremen gelungen, den Weg zu einem einheitlichen Unternehmenskonto zu beschleunigen.“

Durch die in Bayern entwickelte ELSTER-Technologie könne bundesweit zügig ein zentrales Onlineportal mit einem einheitlichen Konto für alle Unternehmen angeboten werden, wo beispielsweise die Kfz-Anmeldungen oder die Beantragung von Gesundheitszeugnissen erfolgen kann. An die seit Jahrzehnten in der Steuer bewährte, praxistaugliche Lösung seien bereits alle Unternehmen angebunden.

Der IT-Planungsrat hat die Länder Bayern und Bremen jetzt be-

auftragt, auf dieser Grundlage das digitale Unternehmenskonto für alle Bundesländer auszurollen. Die Aufgabenteilung sieht wie folgt aus: Bayern schafft die technischen und praktischen Voraussetzungen für die Umsetzung auf ELSTER-Basis und Bremen prüft die Module Funktionspostfach und Autorisierung im Unternehmen als weitere mögliche Komfortfunktionen für das Unternehmenskonto.

Die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, betonte: „Der Gordische Knoten ist durchschlagen. Als Quasi-Digitalbeauftragte unserer Länder haben wir gemeinsam mit dem Bund einen breit getragenen Konsens erreicht und senden ein klares Signal an unsere Unternehmen. Wir wollen den schnellen Wechsel von der analogen Amtsstube zu einem digitalen Servicestaat.“

Gerlach weiter: „Unsere Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht unnötige Zeit mit Papierkrieg und Amtsgängen ver-

schwenden. Mit unserer bewährten Zertifizierung im Steuerwesen öffnen wir die digitale Tür für alle weiteren Behördenleistungen. Das ist ein Update ‚made in bavaria‘. Die Wirtschaft sichert unseren Wohlstand und eine starke digitale Verwaltung ist dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor.“

Bremens Staatsrat Hans-Henning Lühr erklärte dazu: „Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, einen weiteren Meilenstein für ein erfolgreiches eGovernment abzuschließen. Erstmals in der Geschichte der Digitalisierung haben wir eine technologische Zusammenarbeit zwischen der Steuer- und der allgemeinen Verwaltung erreicht.“

Der große Vorteil dieser Lösung sei das Prinzip ihrer verschiedenen Bausteine. Ein zentrales Element, auf dessen Nutzung sich bereits alle Mitglieder des IT-Planungsrates verständigt haben, sei die Nutzung der ELSTER-ID zur Authentisierung der Unternehmen. Die weiteren Bausteine könnten je nach Ausgangssituati-



Die Digitalministerin des Freistaats Bayern, Judith Gerlach, sieht mit der Übereinkunft zum Unternehmenskonto den Gordischen Knoten bei der Digitalisierung durchschlagen

on in den Ländern und damit mit einer hohen Investitionssicherung zusammengestellt werden. Mit dieser Flexibilität, gepaart mit einer etablierten Authentisierungslösung, entsprechen man den von Wirtschaftsverbänden erhobenen Anforderungen, so Lühr. „Nach Schätzungen werden wir die ersten Funktionen spätestens 2021 bereitstellen können, um dann in weiteren Schritten bis 2022 ein ausgerolltes bundesweit einheitliches Unternehmenskonto im Einsatz zu haben.“ **mk**

Mehr zum Thema auf Seite 8

Mehr Informationen ...

... zum Unternehmenskonto finden Sie auf den Seiten des IT-Planungsrats

[bit.ly/FirmenKonto]

Kurz gemeldet

NRW bekommt neuen CIO

Wechsel im Amt des Beauftragten für Informationstechnik: Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke wird ab 1. September 2020 CIO der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und löst damit Hartmut Beuß ab.

Wie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bekannt gab, war Prof. Dr. Meyer-Falcke viele Jahre lang als Gruppenleiter und stellvertretender Leiter der Zentralabteilung im Bereich „Personal und Organisation“ sowie im Bereich

„Jugend“ in verschiedenen Landesministerien tätig. Zwischen August 2009 und Ende Dezember 2011 leitete er das „Strategiezentrum Gesundheit“ als Teil des Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen, zum 1. Januar 2012 wurde er Beauftragter für das betriebliche Gesundheitsmanagement.

Seit dem 1. August 2012 ist Meyer-Falcke als Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf zuständig für die Bereiche Personal, Organisation,

IT, Gesundheit und Bürgerservice und trägt die Verantwortung für die Digitalisierung der Kommunalverwaltung. Im Jahre 2016 gewann er zudem mit dem Verein „Digitale Stadt Düsseldorf“ den Preis „Düsseldorfer des Jahres“ in der Kategorie Innovation & Nachhaltigkeit.

„Prof. Dr. Meyer-Falcke bietet eine hervorragende Gewähr für die erfolgreiche Ausübung des Amtes des Beauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informati-

onstechnik“, kommentiert Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. „Ich freue mich sehr, dass er die hervorragende Arbeit seines Vorgängers fortsetzen und mit viel Elan und Begeisterungsfähigkeit die Digitalisierung der Landesverwaltung weiter vorantreiben wird.“

Der amtierende CIO Hartmut Beuß wird zum 31. August 2020 in den Ruhestand gehen.

su

bit.ly/CIOgalerie

DIE AKADEMIE HIGHLIGHTS 2020

Unsere Veranstaltungen für Sie im Überblick.

IT-EXECUTIVE SUMMIT KRONBERG 2020

05. / 06.03. Kronberg (Taunus)

SERVICE PROVIDER SUMMIT 2020

14. / 15.05. Frankfurt a. M.

DC DATACENTER DAY 2020

06.10. Würzburg

ENTERPRISE WORKSPACE SUMMIT 2020

22.10. Frankfurt a. M.

FIT 2020 FEMALES IN IT – FUTURE OF IT!

26.11. Frankfurt a. M.

eGovernment SUMMIT 2020

November, München

DATA2020 STORAGE & ANALYTICS TECHCONFERENCE · PEERFORUM · EXHIBITION

21.04. Neuss | 23.04. Würzburg
30.04. Hamburg | 06.05. München

SECURITY 2020 CYBERDEFENSE & ID PROTECTION TECHCONFERENCE · PEERFORUM · EXHIBITION

09.06. Hamburg | 16.06. Würzburg
25.06. Neuss | 02.07. München

CLOUD 2020 TECHNOLOGY & SERVICES TECHCONFERENCE · PEERFORUM · EXHIBITION

08.09. Hamburg | 15.09. München
17.09. Würzburg | 24.09. Neuss

CLOUD 2020 INFRASTRUKTUR & SECURITY FACHKONGRESS – AUSTRIA

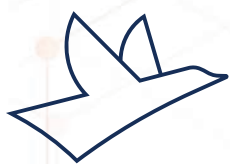
17.03. Wien

DATA2020 STORAGE & ANALYTICS FACHKONGRESS | DEEP DIVE – SWISS

27. / 28.05. Pfäffikon SZ

CLOUD 2020 INFRASTRUKTUR & SECURITY FACHKONGRESS | DEEP DIVE – SWISS

27. / 28.10. Pfäffikon SZ



VOGEL IT AKADEMIE   



WEITERE INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER:
www.akademie.vogel-it.de

Politik & Verwaltung



4
FITKO-Präsidentin Annette Schmidt plant fürs OZG ein Kommunalgremium.



6
CIO Thomas Popp berichtet über das Beteiligungsportal von Sachsen.

IT-Sicherheit 2020

Professionalität der Cyberattacken steigt

Weltweit steigt die Zahl der Cyberattacken. Und sie werden immer professioneller. Mit **BVSW Digital** hat der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. ein Forum für Behörden, Politik und Unternehmen geschaffen, um Kompetenzen im Kampf gegen IT-Kriminalität zu bündeln. Unsere Autorin sprach mit Boris Bärmichl, BVSW Vorstand der Sparte Digital, über die größten **IT-Sicherheitsrisiken** in diesem Jahr.

Von der Stadtverwaltung, über die Universität bis hin zum Krankenhaus – vergangenes Jahr verging kaum eine Woche ohne einen IT-Sicherheitsvorfall in Unternehmen des öffentlichen Sektors. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bestätigt in seinem Lagebericht zur IT-Sicherheit in Deutschland 2019, dass Einrichtungen des Gemeinwesens zunehmend zu den Angriffszielen von Cyberkriminellen gehören.

Strategische Allianzen gegen Cyber-Attacken

Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Angriffe im Jahr 2020 und darüber hinaus weiter steigen wird. Weil einzelne Kompetenzen für eine effektive Abwehr nicht mehr ausreichen, ist es notwendig, unterschiedlichste Sichtweisen auf das Thema IT-Sicherheit zu erhalten, Informationen schnell auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Der BVSW hat deshalb Anfang des Jahres ein neues Forum gegründet, das den Austausch und die Vernetzung zwischen Politik, Wirtschaft und Behörden in Sachen IT-Sicherheit fördern soll. „Zum Thema IT-Sicherheit gibt es viele Veranstaltungen unterschiedlicher Anbieter“, sagt Caroline Eder, Geschäftsführerin beim BVSW. Ein neutrales und übergreifendes Forum, das ein breites Spektrum an Kompetenzen bündelt, schaffe jedoch einen Mehrwert für alle Beteiligten. Neben regelmäßigen Schulungen zu den aktuellsten Trends und Entwicklungen im Bereich Cybercrime will BVSW Digital dem anhaltenden Fachkräftemangel an IT-Sicherheitsexperten entgegenwirken. Für diesen Zweck wird das Forum einen Aus- und Weiterbildungsplan erarbeiten, der auch interessierten Quereinsteigern den Start in der Branche ermöglicht. Darüber hinaus möchte der Verband Unternehmen und Behörden stärker für das Thema IT-Sicherheit sensibilisieren. „Gut geschulte Mitarbeiter sind ein ganz wesentlicher Baustein in der Brandmauer gegen IT-Kriminalität“, erklärt Boris Bärmichl. Deutlich wird das beispielsweise an den Ransomware-Attacken, die

im vergangenen Jahr stark zugenommen haben. Bei dieser Art des Angriffs wird eine Schadsoftware per eMail ins Netzwerk eingeschleust. „Ransom“ ist das englische Wort für „Lösegeld“ und weist schon daraufhin, worauf diese Methode abzielt: Die Daten im Netzwerk werden über die eingeschleuste Schadsoftware verschlüsselt, um anschließend Geld für die Entschlüsselung zu erpressen. Die Angreifer verschicken eMails mit einem Anhang, der für den Empfänger wie eine normales Excel- oder Word-File aussieht. Sobald der Adressat die Datei öffnet, installiert er damit unwissentlich auch die Schadsoftware. Bis vor einiger Zeit war es üblich, dass spätestens der nächste Neustart den Trojaner aktivierte, was zu einer Verschlüsselung des Rechners mit sämtlichen dazugehörigen Laufwerken führte. Mittlerweile hat sich laut Bärmichl die Qualität der Angriffe jedoch deutlich erhöht: Schadsoftware wird zunehmend so konzipiert, dass sie eine ganze Weile im Netzwerk verbleibt, ohne weiter aufzufallen. Während dieser Zeitspanne spioniert sie das Netzwerk aus, registriert, wie viele Geräte dort verbunden sind, um Schritt für Schritt passenden Schadcode nachzuladen. Sobald die Software dann zur Verschlüsselung übergeht, ist sie so effektiv, dass eine Entschlüsselung selbst durch Profis so gut wie unmöglich ist.

Qualität der Angriffe nimmt zu

Die infizierten eMails richten sich oft an Abteilungen, für die ein intensiver Austausch mit externen Kontakten typisch ist, wie beispielsweise die Personalabteilung. Wo jeden Tag eine Vielzahl an Bewerbungen und Anfragen eintreffen ist es für den einzelnen Mitarbeiter schwierig, eine Mail mit Schadsoftware herauszufiltern. Doch die Angreifer gehen mittlerweile noch einen Schritt weiter. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik warnte im September des vergangenen Jahres vor dem Trojaner „Emotet“. Kommt er zum Einsatz, so erhalten die Opfer eine eMail, die sich als Antwort auf eine früher ver-

schickte Mail tarnt. Der Empfänger meint, die Mail komme von einem bekannten Absender, mit dem er tatsächlich in Kontakt steht. Die notwendigen Daten für diese Täuschung stammen aus einer früheren Emotet-Infektion. Beim Öffnen der angehängten Datei erscheint eine Meldung, die zum Aktivieren des Inhalts auffordert, was dann die Schadsoftware aktiviert. Befindet sich Emotet einmal im Netzwerk, so breitet er sich aus und lädt weitere Schadprogramme nach.

Gesundheitswesen im Fokus

Manche Branchen sind schon heute stärker von IT-Sicherheitsvorfällen betroffen als andere. In den letzten Jahren sorgten die zunehmenden Angriffe auf Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen für Aufsehen: 2016 legte eine Cyberattacke das Klinikum Neuss nahe Düsseldorf lahm, im November 2018 war das Krankenhaus im bayerischen Fürstenfeldbruck betroffen und erst im Dezember 2019 fand ein IT-Angriff auf das Klinikum Fürth statt. Verständlicherweise wollen die meisten Krankenhäuser einen IT-Sicherheitsvorfall nicht öffentlich bekannt geben, weil sie einen Vertrauensverlust ihrer Patienten fürchten. Die Dunkelziffer der angegriffenen Institutionen dürfte demnach noch höher sein. Dass das Gesundheitswesen so häufig von IT-Sicherheitsvorfällen betroffen ist, liegt laut BVSW vor allem an zwei Gründen: „Medizintechnik ist sehr IT-lastig“, sagt Bärmichl. „Cyberkriminelle bewegen sich hier also auf bekanntem Terrain. Zudem können die Angriffe im Zweifelsfall tatsächlich lebensbedrohlich werden. Damit steigt die Bereitschaft, auf Erpressungen einzugehen und den Forderungen nachzukommen.“

Die Angriffsfläche wächst rasant

Mit der zunehmenden Digitalisierung werden die Attacken auch über das Gesundheitswesen hinaus weiter zunehmen. Viele Verwaltungsleistungen der Kommunen lassen sich mittlerweile online



Die Bedrohungen für Öffentliche Verwaltungen und das Gesundheitswesen wachsen ständig

abwickeln. Gleichzeitig sind immer mehr elektronische Geräte mit einem Internetzugang ausgestattet, weil die Hersteller laufend Daten aus diesen Geräten erheben wollen. Die Zahl der vernetzten Geräte und Maschinen wird in den kommenden Jahren rasant ansteigen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2025 rund 75 Milliarden IoT-Devices weltweit existieren werden. Das entspricht in etwa einer Verdreifachung innerhalb von fünf Jahren. Neben all den Chancen, die die Technologie bietet, steigen auch die Risiken, denn mit jedem vernetzten Gerät und mit jeder weiteren Schnittstelle verbreitert sich die Angriffsfläche für Cyberkriminelle.

IT-Sicherheit erfordert ganzheitlichen Ansatz

Mit der Digitalisierung gewinnt das Thema IT-Sicherheit an Bedeutung und muss einen höheren Stellenwert einnehmen, als das bislang der Fall ist. In Organisationen, in denen alles mit allem vernetzt ist, gehört die IT-Sicherheit nicht mehr ausschließlich in die Verantwortung der IT-Abteilung, sondern in die Leitungsebene. Nur so lässt sich sicherstellen, dass ein ganzheitlicher Ansatz in der IT-Sicherheit etabliert wird. Die Budgets für IT-Sicherheit müssen sich zudem flexibel an der Bedrohungslage orientieren. Regelmäßige Updates von Hard- und Software sind grundlegende Voraussetzung für die IT-Sicherheit: Jedes IT-Produkt hat an irgendeinem Punkt eine Schwachstelle und ist nur solange sicher, wie diese noch nicht entdeckt und ausgenutzt wurde. Allerdings kommt es auch in größeren Organisationen immer wieder vor, dass keine geregelten Aktualisierungen stattfinden, oft aus Zeitmangel und der Überlastung des IT-Personals. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Betriebe über eine Sicherheitslücke angegriffen werden, die schon seit längerer Zeit bekannt ist und für die ein Patch existiert. Ebenso wichtig ist es, die Mitarbeiter für die aktuellen IT-Risiken zu sensibilisieren: Menschen pas-

sen sich weit langsamer an die neuen Technologien an, als der digitale Wandel voranschreitet. Die Mitarbeiter werden deshalb auch in Zukunft ein beliebtes Angriffsziel bleiben. Über regelmäßige Schulungen und Trainings lässt sich die „Schwachstelle Mensch“ gegen die wachsenden Bedrohungen wappnen. Bei den technischen Maßnahmen gehört die Netzwerksegmentierung zu einer effektiven Methode, um Schadsoftware an der Ausbreitung in einem Unternehmen zu hindern. Dabei werden Netzwerkbereiche mit einem vergleichbaren Schutzbedarf definiert und anschließend über geeignete Maßnahmen voneinander abgetrennt. Ist ein Subnetz infiziert, so lässt es sich schnell isolieren, ohne den restlichen Betrieb zu stören. Auch Backups, die regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit getestet werden, sind unverzichtbar. Da trotz aller Vorsichtsmaßnahmen Angreifer ins Netzwerk vordringen können, gilt es, einen Notfallplan zu erstellen. Er regelt die Abläufe im Ernstfall, definiert die Ansprechpartner und legt unter anderem fest, was wann nach außen hin kommuniziert wird.

Fazit & Ausblick

Die Zahl der Cyberattacken wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Ein ganzheitlicher Blick auf das Thema IT-Security sowie eine Vernetzung zwischen Politik, Wirtschaft und Behörden leistet einen wesentlichen Beitrag für mehr Sicherheit.

Die Autorin

Anja Noack

Weitere Informationen

BVSW Digital tagt wieder am 2. April – Infos und Anmeldung unter:

[www.bvsw.de]

Verwaltungsdigitalisierung

FITKO plant ein Kommunalgremium

Die Föderale IT-Kooperation – kurz FITKO – hat zum Jahresbeginn die Arbeit aufgenommen, um die **Verwaltungsdigitalisierung** zu beschleunigen. eGovernment Computing sprach mit der FITKO-Präsidentin Dr. Annette Schmidt über die künftigen Aufgaben.

Frau Schmidt, FITKO hat nun – nach langen organisatorischen und politischen Vorbereitungen – die Arbeit aufgenommen. Welche Aufgaben stehen jetzt für die nahe Zukunft an?

Schmidt: Zum einen steht die Überführung der bestehenden Strukturen des IT-Planungsrates in die FITKO an. Bereits seit Januar betreuen wir die Geschäfts- und Koordinierungsstelle Föderales Informationsmanagement (GK FIM) und zum 1. Juli übernehmen wir die Geschäftsstelle des IT-Planungsrates. Nach und nach werden wir dann bis 2021 die Steuerung und Koordinierung aller weiteren Bereiche des IT-Planungsrates übernehmen.

Zum anderen verantworten wir gemeinsam mit dem BMI das Programmmanagement der OZG-Umsetzung. Darüber hinaus wurden wir vom IT-Planungsrat mit der Verwaltung des Digitalisierungsbudgets beauftragt. Hier befassen wir uns derzeit gemeinsam mit Bundes- und Ländervertretern mit der Feinplanung der Mittelvergabe, sodass die Gelder für Projekte zügig abgerufen werden können. Unsere Aufgabe wird dann sein, die formalen Anforderungen zu prüfen und anschließend das Controlling der Umsetzung zu übernehmen. Parallel dazu sind wir mit der Erarbeitung und Umsetzung der föderalen IT-Strategie und -Architektur beschäftigt – zwei Themen, die sowohl für die nahe Zukunft, als auch langfristig von hoher Relevanz sind.

In den Wochen und Monaten, ehe FITKO an den Start ging, wurde immer wieder Kritik an der mangelnden finanziellen personellen und finanziellen Ausstattung laut. Wie stellt sich die Situation hier im Augenblick dar?

Schmidt: Was die personelle Situation angeht, so sind wir in der FITKO derzeit weiterhin mit nur 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Die Ausschreibungen für Verstärkung laufen, aber wir müssen uns in Geduld üben. Denn es ist kein Geheimnis, dass die Suche nach qualifiziertem Personal im derzeitigen Arbeitsmarkt nicht gerade einfach ist.

Und die finanzielle Ausstattung – nun, mit dem Digitalisierungsbudget stehen für die nächsten drei Jahre Mittel zur Verfügung, um die Digitalisierung in der Verwaltung voranzubringen. Aber natürlich wäre es für eine nachhaltige Entwicklung auch gut, wenn der IT-

Planungsrat mehr eigenes Budget zur Verfügung hätte, das nicht bereits fest in Projekten und Produkten gebunden ist. Denn so hätten wir die Möglichkeit, flexibel Prozesse mitzugestalten, um zukunftsfähig zu bleiben. Daher denke ich, dass wir das Budget jährlich zur Diskussion stellen müssen.

Auf der FITKO-Webseite heißt es: „Bund und Länder sind sich einig: Deutschlands Verwaltung soll zu einem Vorbild bei der Digitalisierung werden. Das ist nur möglich, wenn neue

In diesem Zusammenhang ist auch unser Konzept der föderalen Integrations- und Entwicklungsplattform (FIEP) zu sehen. Sie soll den Verantwortlichen für die OZG-Umsetzung und den IT-Dienstleistern einen transparenten Rahmen bieten, um schnell und wirtschaftlich bundesweit nutzbare Lösungen für Verwaltungsleistungen zu entwickeln. FIEP baut im Wesentlichen auf zwei Säulen auf: Die erste Säule bildet eine Rahmenarchitektur für die verteilte föderale IT-Landschaft und soll die Skalierung und Nachnutzung entwickelter Online-



FITKO-Präsidentin Dr. Annette Schmidt soll mit ihrem Team die Zusammenarbeit der föderalen Ebenen im eGovernment verbessern. Eine wichtige Rolle werden dabei die Kommunen spielen. Sie sollen mit einem neugeschaffenen Kommunalgremium verstärkt in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden werden. Doch die Budgetfrage bleibt problematisch

Strategien für den Einsatz entsprechender IT-Lösungen von allen föderalen Ebenen gemeinsam entwickelt werden.“ Wie geht FITKO dabei vor?

Schmidt: Wir setzen sehr stark auf Austausch und Vernetzung zwischen den Beteiligten, um einen Raum zu schaffen, in dem gemeinsame Lösungen erarbeitet werden können, die allen zugutekommen. Zudem möchten wir mehr Transparenz herstellen: Wer arbeitet woan? Wie ist der Entwicklungsstand? Wer benötigt mehr Unterstützung? Auf diese Weise können wir schneller Schwachstellen identifizieren und entsprechende Maßnahmen vorschlagen.

dienste ermöglichen. Die zweite Säule umfasst eine gemeinsame Entwicklungsplattform und zentral bereitgestellte Entwicklungs- und Testwerkzeuge, um den Aufbau interoperabler Verfahren für die Antragsstellung und Antragsbearbeitung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Um dieses Prinzip zu veranschaulichen, wird bis Mitte des Jahres noch ein Proof of Concept mit verschiedenen Partnern umgesetzt, in dem auch praktische Erfahrungen aufgezeigt werden sollen.

Können Sie das am Beispiel der OZG-Umsetzung bitte einmal erläutern?

Schmidt: Nun, bei der OZG-Umsetzung spielt zum Beispiel die Nachnutzung eine große Rolle. Das heißt, erarbeitete digitale Lösungen sollen möglichst von allen Ländern genutzt werden. So muss man das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Dieses arbeitsteilige Prinzip setzt voraus, nicht nur die eigenen Bedarfe in den Vordergrund zu stellen, sondern auch einen Blick auf das große Ganze zu richten. Das kann nur gelingen, wenn die Beteiligten miteinander kommunizieren, sich über ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Infrastrukturen austauschen und gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Ein großer Teil der FITKO-Arbeit wird in der Kommunikation bestehen. So klagt ein nicht geringer Teil der Kommunen im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung darüber, nicht ausreichend informiert und eingebunden zu sein. Wie wollen Sie das ändern?

„Bei der OZG-Umsetzung spielt die Nachnutzung eine große Rolle. Das heißt, erarbeitete digitale Lösungen sollen möglichst von allen Ländern genutzt werden. So muss man das Rad nicht immer wieder neu erfinden“

FITKO-Präsidentin Dr. Annette Schmidt

Schmidt: Ja, wir wissen, dass es Kommunen gibt, die sich nicht ausreichend eingebunden fühlen. Deshalb ist die Idee entstanden, ein Kommunalgremium zu schaffen, das die kommunalen Anforderungen im operativen Bereich stärker bündelt. Gleichzeitig können wir auf diese Weise sicherstellen, dass unsere Informationen sowie die des IT-Planungsrates die Kommunen besser erreichen. Dieses Gremium wird Mitte des Jahres seine Arbeit aufnehmen.

Lassen Sie uns die Punkte konstanter Informations- und Wissenstransfer, Förderung eines programminternen Informationssystems und die Koordinierung der Bereitstellung von Prozessen und Datenfeldern im Föderalen Informationsmanagement FIM noch einmal aufgreifen. Wie sollen diese Prozesse in der föderalen Praxis umgesetzt werden?

Schmidt: Beim Informations- und Wissenstransfer spielen sowohl regelmäßige Treffen der Themenfeldverantwortlichen und Koordinatoren als auch ein mehrmals im Jahr stattfindender Erfahrungsaustausch in unterschiedlichen Formaten eine wichtige Rolle. Darüber hinaus existieren derzeit drei online Informations- und Austauschplattformen zum OZG: Da wäre zum einen die OZG-Informationenplattform (www.informationen.ozg-umsetzung.de) mit eher speziellen Informationen über den Fortschritt und die Umsetzung. Auf dieser Plattform können die Themenfeldverantwortlichen in einem internen Bereich auch die Planungsdaten verfolgen und wichtige Kontaktdaten finden. Daneben gibt es die Website onlinezugangsgesetz.de, die vielseitige Informationen zum OZG für

die Allgemeinheit bündelt. Und schließlich existiert noch die Seite ozg-kommunal.de, eine Diskussionsplattform der Kommunalen Spitzenverbände unter Beteiligung der FITKO. Hier haben wir also auf föderaler Ebene gemeinsam schon viel auf den Weg gebracht. Und auch bei FIM sind wir ein ganzes Stück weiter. Aktuell wird das FIM-Portal dahingehend erweitert, dass die jeweiligen Informationen der Länder für alle Beteiligten abrufbar sind. Parallel bauen die Länder derzeit die notwendigen Strukturen auf, um zeitnah sämtliche Informationen selbstständig erheben und im FIM-Portal entsprechend bereitstellen zu können. Dies fördert Transparenz und schafft Überblick, wodurch die weitere Planung strukturierter erfolgen kann. Gleichzeitig werden damit die Voraussetzungen für die Nachnutzung in den Ländern und Kommunen geschaffen. Dabei stellen die FIM-Stamminformationen die gesetzliche Grundlage dar, die

je nach Bedarf an das Landesrecht angepasst werden können. Auch ist es möglich, lokale Vollzugsinformationen zu ergänzen, die mittlerweile auch automatisierte Online-Anträge generieren können.

Der Zeitplan für die OZG-Umsetzung ist eng getaktet. Wie sieht die Roadmap für das Jahr 2020 aus?

Schmidt: Nachdem die Themenfeldplanung mit Priorisierung der einzelnen Umsetzungsprojekte Ende letzten Jahres abgeschlossen wurde, geht es nun darum, die Planung mit Leben zu füllen. Der wichtigste Schwerpunkt im Programmmanagement wird daher sein, die Operationalisierung des Nachnutzungsmodells „Einer für alle“ auf organisatorischer, technischer, rechtlicher sowie finanzieller Ebene zu unterstützen. Aktuell werden hier konkrete Unterstützungsangebote für die Beteiligten entwickelt. Daneben werden in Digitalisierungslaboren weitere Leistungen bearbeitet, sodass die Umsetzung des OZG weiter Fahrt aufnehmen kann. Die Roadmap für 2020 ist also gut gefüllt und die Erwartungshaltung an die FITKO ist natürlich sehr hoch – nicht nur an ihre Rolle bei der OZG-Umsetzung. Als hoch motiviertes, aber bisher sehr kleines Team stoßen wird dabei auch schnell an die Grenzen unserer Kapazitäten. Zumal wir gleichzeitig auch noch mit dem Aufbau der Organisationsstrukturen der AöR inklusive Personalgewinnung beschäftigt sind. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderungen meistern werden und einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der OZG-Umsetzung leisten können.

Das Interview führte Manfred Klein

Wirtschaftsministerium übernimmt Federführung

Niedersachsen plant Open-Data-Strategie

Die Landesregierung Niedersachsen beginnt mit der Erstellung einer **Open-Data-Strategie**. Unter Federführung des Wirtschaftsministeriums soll von allen Ressorts bis zur Sommerpause die Strategie zum Umgang mit und der Nutzung von Open Data erarbeitet werden. Das Land will auch der **Plattform GovData** beitreten.

Natürlich betont das Land anlässlich der Entscheidung erneut den Nutzen offener Daten. Open Data böte neue Chancen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, heißt es dazu aus dem Wirtschaftsministerium. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann erklärte dazu weiter: „Daten sind der wichtigste Rohstoff der Digitalwirtschaft. Weltweit versuchen Wissenschaftler neue Erkenntnisse aus den Daten zu gewinnen und tüfteln Startups an neuen digitalen Geschäftsmodellen. Die Bereitstellung offener Daten eröffnet große Chancen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.“

Datenschutz gewährleistet

Die kostenfreie Bereitstellung von Verwaltungsdaten sei daher auch Teil der Strategie des „Gemeinsamen digitalen Binnenmarktes“ der Europäischen Kommission. In diesem Zusammenhang seien in den vergangenen Jahren diverse Maßnahmen ergriffen worden, um die

sen „Rohstoff der datengetriebenen Innovation“ vermehrt verfügbar zu machen. Zur Erinnerung: Open Data, „Offene Daten“, können von jedem frei verwendet, nachgenutzt und verbreitet werden. Die Daten wer-

den hierzu entgeltfrei, maschinenlesbar, übersichtlich und dauerhaft zur Verfügung gestellt. Bereitgestellt werden sie in diesem Fall von Regierung und Verwaltung. Übersichtlich und frei zugänglich dargeboten werden sollen zum Bei-



Die Niedersächsische Landesregierung – hier im Bild zu sehen eine Außenansicht des Niedersächsischen Landtags mit dem Plenarsaaltrakt am Platz der Göttinger Sieben – hat die Entwicklung einer Open-Data-Strategie beschlossen

spiel Daten zum Kfz-Bestand, zu polizeilich erfassten Unfällen, samt Unfallkategorie etc. oder auch zu Abgängern und Absolventen an Berufsschulen. Ausgeklammert sind von vornherein – auch nach der internationalen Definition – personenbezogene und sicherheitsrelevante Daten. In Deutschland stellen zwölf Länder und der Bund bereits offene Verwaltungsdaten über die Bund-Länder-Plattform GovData bereit. Niedersachsen wird dieser Plattform ebenfalls beitreten. Im Masterplan Digitalisierung Niedersachsen wird Open Data als wichtiger Treiber für digitale Geschäftsmodelle genannt.

Identifikationspflicht geplant

Darüber hinaus macht sich das Land Niedersachsen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern auch für eine Identifikationspflicht im Internet stark. Dazu soll in das Netzwerkdurchsetzungsgesetz eine Identifikationspflicht aufgenommen werden. Nutzer müssten dann bei der Registrierung in sozialen Netzwerken Namen, Anschrift und Geburtsdatum angeben. Der Anwendungsbereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes soll auch auf Anbieter von Spielplattformen erweitert werden, da diese durch die Einbettung von Messengerdiensten und spielinternen Kommunikationsmöglichkeiten zur Verbreitung von Hassbotschaften genutzt werden. Dazu erklärte der Initiator dieser Gesetzesänderung, der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius: „Um Straftaten im Internet verfolgen zu können, müssen wir die Möglich-

keit haben, die Täter zu identifizieren. Einen rechtsfreien Raum im Internet dürfen wir gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Verbreitung von Hass und Hetze nicht dulden.“ Pistorius weiter: „Betreiber von einschlägigen Kommunikationsplattformen im Netz“, so Pistorius, „müssen zukünftig diejenigen identifizieren können, die bisher oft hinter anonymen Accounts Hass und Hetze verbreiten. Wenn Nutzerinnen und Nutzer ihre persönlichen Daten hinterlegen, sind diese im Falle eines Strafverfahrens beim Betreiber abrufbar. Das erleichtert die Ermittlungen, Straftaten können effektiv verfolgt werden.“ Dies bedeute jedoch nicht, so Pistorius, dass man eine Klarnamenpflicht fordere. Aber wenn jemand unter seinem Nickname etwas strafrechtlich Relevantes formuliere oder gar jemanden bedrohe, müsse er dafür auch belangt werden können. Ohne eine Identifikationspflicht seien die Täter jedoch kaum zu ermitteln. Unter der Verwendung von Pseudonymen könne bislang jede Person uneingeschränkt Kommentare abgeben, ohne befürchten zu müssen, dass sie rasch identifiziert werden könne. Mit der Gesetzesinitiative sollen nun die Verantwortlichen aus der Anonymität des Netzes herausgeholt und die Betreiber von Plattformen in die Pflicht genommen werden. Damit der Vorstoß Niedersachsen Erfolg hat, müssen weitere Bundesländer die Initiative des Landes im Bundesrat unterstützen und auch der Bundestag müsste einer Gesetzesänderung zustimmen.

> Lesen Sie weiter auf Seite 12

Anzeige

TWENTY2X unterstützt Behörden bei der digitalen Transformation

Die Modernisierung der Verwaltung steht ganz oben auf der Agenda von Kommunen und Behörden. Doch wie kann ich als Behördenleiter oder IT-Anwender diesen Anforderungen gerecht werden?

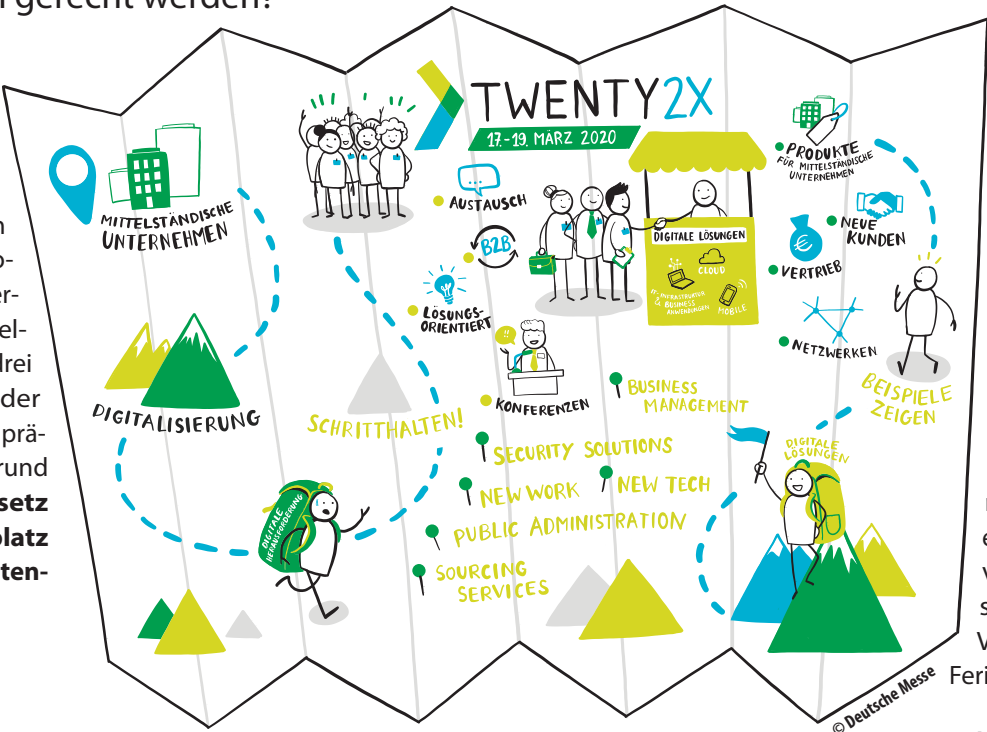
Zielgerechte Informationen, themenrelevante Diskussionen und praxisnahe Umsetzungen bietet der Themenschwerpunkt „Public Administration“ der TWENTY2X, die vom **17. bis 19. März 2020** in Hannover an den Start geht. Der Schwerpunkt ist sowohl in der Ausstellungsfläche als auch an allen drei Messetagen ganztägig auf der „Community Stage“ in **Halle 8** präsent. Im Fokus stehen Themen rund um das **Online-Zugangsgesetz OZG**, den **digitalen Arbeitsplatz** sowie **Datensicherheit** und **Datensouveränität**.

DATABUND mit starker Präsenz in der Fläche und auf der Bühne

Mit rund dreißig Unternehmen sowie mehreren Vortragsveranstaltungen und verschiedenen Arbeitskreis-Treffen ist der DATABUND auf der TWENTY2X vertreten. Der Bun-

desverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor nutzt die Plattform der TWENTY2X, „um den Verwaltungen die Praxis

der Digitalisierung mit Workshops und Produkten nahezubringen“, so Geschäftsführer Detlef Sander. Gleich am ersten Messetag richtet der DATABUND eine Arbeitsgrup-



pen-Sitzung im Bereich der technischen Zusammenarbeit aus und verabschiedet einen neuen Standard für eine Dokumentenmanagement-Schnittstelle, der am Dienstag, 17. März, exklusiv auf der TWENTY2X veröffentlicht wird..

Einen ganzen Messetag (Mittwoch, 18. März) widmet der DATABUND dem Online-Zugangsgesetz, das die Kommunen vor große Herausforderungen stellt. Ein weiteres Thema im Rahmen der OZG-Debatte ist die aktuelle Diskussion darüber, wie Bürger durch die verschiedenen Verwaltungsprozesse geführt werden. Außerdem muss geklärt werden, wie die Kommunalverwaltungen die von den Bürgern erfassten Daten für sich einsetzen. Die DATABUND-Mitglieder präsentieren darüber hinaus in zahlreichen Vorträgen eine spezielle Plattform für Fachverfahren im Kommunalbereich sowie eine bundesweite Info-Veranstaltung für Betreiber von Ferienspaß-Angeboten.

Public Administration Award für innovative Technologien mit digitalen Lösungen

Ein weiterer Partner der TWENTY2X im Bereich Public Administration ist

kommune.digital. Erstmals schreiben der DATABUND, kommune.digital und die Deutsche Messe gemeinsam den Public Administration Award aus. Der Award zeichnet Projekte aus, die den digitalen Wandel für Bürger und Verwaltungsmitarbeiter im Bereich Public Administration unterstützen. Die eingereichten Vorschläge sollen veranschaulichen, wie Projekte im kommunalen Bereich praktikabel umgesetzt werden können. Dabei steht nicht die Perfektion im Vordergrund, sondern der Wille und der Raum zum Experimentieren. Zu den folgenden Themen können noch bis zum 28. Februar Projekte eingereicht werden: **eGovernment-Lösungen, Kommunale IT-Infrastruktur, OZG-Umsetzung, Dokumentenmanagement & E-Akte** sowie **E-Beschaffung** und **E-Rechnung**. Die fünf besten Projekte werden auf der TWENTY2X präsentiert und prämiert. Interessenten können ihre Ideen unter wettbewerb@kommune.digital einreichen.

Weitere Informationen rund um die TWENTY2X unter:
www.TWENTY2X.de

Beteiligungsportal in Sachsen

Mitmachen, Mitreden ausdrücklich erwünscht

Das **Beteiligungsportal Sachsen** wurde für die Einbeziehung der Bürger in demokratische Prozesse ins Leben gerufen. Unser Autor, Thomas Popp, Staatssekretär und Mitglied der sächsischen Staatsregierung sowie Landes-CIO, über eine **Erfolgsgeschichte**.

Damit Demokratie lebt, muss sie lebendig gestaltet werden. Denn Bürger wollen ernst genommen und in Entscheidungsprozessen mitgenommen werden und sie wollen aktiv mitgestalten. Mehr miteinander und füreinander, statt gegeneinander und übereinander zu reden, darauf zielt die Politik der neuen sächsischen Regierung, zu der sie sich auch in ihrem Koalitionsvertrag bekannt hat.

Neue Instrumente

Wir werden dazu die Möglichkeiten der Partizipation und Bürgerbeteiligung erhöhen. Dazu müssen wir neue Formen der Zusammenarbeit mit den Bürgern finden und dazu verschiedene Instrumente entwickeln. Eines haben wir bereits einsatzbereit: das Beteiligungsportal Sachsen. Es wird auf der eGovernment-Plattform betrieben. Alle staatlichen und kommunalen Behörden im Freistaat Sachsen können es kostenfrei nutzen. Die Formen der Anwendung



Für Staatssekretär Thomas Popp, ist das Bürgerportal ein effektives Instrument zur Bürgerbeteiligung und für eGovernment

sind sehr unterschiedlich. So kann das Bürgerbeteiligungsportal als Dialogformat genutzt, für formelle Beteiligungsverfahren eingesetzt, für Umfragen und in der Veranstaltungsorganisation angewen-

det sowie als Ereignismelder gebraucht werden (siehe Kasten). Die Chancen, Bürger auf diese Art und Weise demokratische Prozesse mitgestalten zu lassen, liegen auf der Hand. Bürgerschaftliches

Engagement erfährt so eine deutlich größere Wertschätzung. Politik und Verwaltung wiederum können den enormen Wissens- und Erfahrungsschatz der Bürger für die Gestaltung des Gemeinwesens nutzen. Und die Bilanz des Beteiligungsportals nach fünf Jahren unterstreicht das deutlich. Für 5.482 Beteiligungsverfahren wurde das System bisher genutzt.

Erfolgsbilanz nach nur fünf Jahren

Über 1.000 Organisationen und weit mehr als 5.000 Einzelnutzer wenden es an. 365 Behörden, sogenannte Mandanten, davon 50 staatliche und 315 kommunale, setzen das Beteiligungsportal ein. Denn jede staatliche oder kommunale Behörde kann in eigener Verantwortung und individualisiert ein Mandantenportal nutzen und dies unkompliziert in die eigene Internetpräsenz integrieren. Außerdem stehen zahlreiche Konfigurationsmöglichkeiten zur Verfügung, um das Mandantenportal den Anforderungen der jeweiligen Behörde anzupassen. Das Beteiligungsportal erfreut sich aber nicht nur in Sachsen großer Beliebtheit. Auch andere Bundesländer haben die Vorteile entdeckt und möchten es nutzen. Wir bringen dieses Instrument im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes 2019-2021 der Open Government Partnership (OGP) ein. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Inhaber sämtlicher Rechte am Beteiligungsportal. Wenn Kooperationen eingegangen werden, sollen diese mit gegenseitigen Synergien ver-

bunden sein. Dazu räumt Sachsen dem Kooperationspartner eine Landeslizenz zur Nutzung des Beteiligungsportals ein. Zudem erhält der Partner das Recht, für seine Landesbehörden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts Mandantenprofile einzurichten. Eine solche Kooperation besteht beispielsweise mit Nordrhein-Westfalen. Die Kooperation mit Hessen wird derzeit umgesetzt. Und auch Baden-Württemberg und Thüringen zeigten Interesse. Was die Zukunft des Beteiligungsportals betrifft, so haben wir noch viele Ideen. Derzeit entwickeln wir verschiedene Apps zum Beispiel zum Scannen von Veranstaltungstickets oder für Live-Voting während eines Events. Eine andere App soll für ehrenamtliche Wegewarte eine Hilfe sein, indem damit zum Beispiel defekte oder fehlende Wegweiser auf Wanderwegen gemeldet werden können. Auch das „Zentrale Landesportal Bauleitplanung“, einem speziellen Fachportal innerhalb des Beteiligungsportals, wird 2020 weiterentwickelt. Außerdem wird es für Behörden einen integrierten DSGVO-Assistenten geben, um die datenschutzrechtlichen Anforderungen an individuelle Beteiligungsverfahren besser zu erfüllen. Wir können nach den ersten fünf Jahren, indem wir das Portal eingesetzt haben, ein positives Resümee ziehen. Das Portal ist ein vielseitig einsetzbares Instrument der Bürgerbeteiligung. Damit erfüllen wir das wachsende Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe und Mitbestimmung in einer lebendigen Demokratie. **Thomas Popp**

Weiteres zum Thema



Beteiligungsverfahren im Überblick

Das **Portal** beinhaltet verschiedene Formen, mit denen die **Bürgerbeteiligung** online realisiert werden kann.

Mit dem Format Dialog lassen sich kommunalpolitische, aber auch fachliche Themen diskutieren. Bürger können zu einem angebotenen Dialogthema Beiträge schreiben. Diese wiederum werden durch andere Interessenten kommentiert, bewertet und er-

weitert. Der Verfahrenseigner (zum Beispiel eine Kommune, die das Thema initiiert hat) kann mittels Moderationsfunktionen in den Dialog eingreifen. Eine wichtige Funktion ist das Fazit. Mit ihr kann ein Thema ausgewertet werden. Den Abschluss eines jeden

Themas kann eine veröffentlichte Zusammenfassung oder Auswertung bilden.

Formelle Beteiligungsverfahren

Mit dieser Funktion können formelle Verfahren durchgeführt werden. Beispiele sind hier die Beteiligung zu den Plänen der Regionalen Planungsverbände, zu Bauleitplanungen in Städten und Gemeinden oder zu Satzungsentwürfen. Elemente eines solchen Beteiligungsverfahrens können strukturierte Dokumente, Bilder, Videos oder Karten aus Geo-Informationssystemen sein. Dieses Beteiligungsformat richtet sich neben den Bürgern insbesondere an die Träger öffentlicher Belange, die über diese Anwendung zu Planverfahren Stellung nehmen können. Zudem gibt es weitere Funktionen, um sich mit den eingegangenen Stellungnahmen auseinanderzusetzen. So kann der Verfahrenseigner mittels eines kompletten Abwägungsmoduls einzelne Stellungnahmen inhaltlich kategorisieren und fachlich bewerten. Außerdem ist es möglich, die eingegangenen Stellungnahmen als Tischvorlagen für Ent-

scheidungsprozesse aufzubereiten, zum Beispiel für Gemeinderatssitzungen.

Online-Umfragen

Mit dem Online-Fragebogen lassen sich unkompliziert Umfragen gestalten. Von offenen über geschlossene Fragen bis hin zu Fragestellungen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (Einfach- oder Mehrfachauswahl) stehen bausteinartig verschiedene Elemente zur Gestaltung der Online-Fragebögen bereit. Die Auswertung erfolgt über eine leistungsfähige Export-Schnittstelle, mit der beispielsweise die kompletten Antworten in Office-Anwendungen übergeben und dort individuell aufbereitet werden können.

Ereignismelder

Ein weiteres Format sind sogenannte Ereignismelder. Sie können für unterschiedliche Sachverhalte eingesetzt werden, etwa als kommunaler Mängelmelder oder für touristische und lokalpolitische Aktionen. Eine andere Anwendung ist der Einsatz für ganz spezielle Orte, bei denen die In-

formationen einen geografischen Bezug haben, zum Beispiel Erstellen einer Online-Karte mit Orten des Interesses (POI). Außerdem ist dieses Format nutzbar für sogenannte Fachmeldeverfahren, also für die mobile Datenerfassung in speziellen Gebieten, zum Beispiel Erstellen eines Baumkatasters oder Ist-Aufnahme von barrierefreien Einrichtungen an und in Dienstgebäuden. Das Beteiligungsformat Ereignismelder ist flexibel konfigurierbar, indem Zuständigkeitsbereiche, Meldungskategorien und Verantwortlichkeiten definiert werden sowie die Bearbeitung eingegangener Meldungen unterstützt wird.

Veranstaltungen

Ein weiteres Instrument im Beteiligungsportal unterstützt die Veranstaltungsorganisation. Das Spektrum dafür ist breit. Damit lassen sich unter anderem Veranstaltungsinformationen veröffentlichen, Tickets generieren, Teilnehmerlisten erstellen, Einlasskontrollen mittels Barcode durchführen, Namensschilder oder Tischkarten erzeugen sowie Flyer drucken.



Ein Beispiel für ein Verfahren zur Bürgerbeteiligung

ANGEBOT
9.25 €
im Monat

Das ABO

...druckfrisch und digital in Ihrem Postfach!



Alles über die Digitalisierung der Verwaltung und Öffentliche Sicherheit



www.egovernment-computing.de/abo

- **PRINT:** 12 Ausgaben pro Jahr inklusive Sonderpublikationen frei Haus.
- **DIGITAL:** eGovernment Computing bereits am Wochenende vor Erscheinen online lesen. Zugriff auf alle Inhalte des Online-Portals eGovernment-Computing.de inklusive des kompletten digitalen Heftarchivs
- **LESERSERVICE:** Sie möchten telefonisch bestellen oder haben Fragen zum Abonnement: Sabine Assum 0821 2177-194 oder sabine.assum@vogel-it.de

Bayern: Kabinett verabschiedet Zwölf-Punkte-Plan zur Digitalisierung

Neues zum Unternehmenskonto

Das bayerische Kabinett hat in seiner aktuellen Kabinettsitzung einen **Zwölf-Punkte-Plan zur Digitalisierung** verabschiedet. Auch die Pläne zur Einführung des Unternehmenskontos wurden ein wenig konkretisiert.

So heißt es zum Unternehmenskonto aus dem Freistaat Bayern: „Das Unternehmenskonto wird modular aufgebaut. Über das Portal sollen künftig unter anderem die Kfz-Anmeldungen und die Anträge von Gesundheitszeugnissen organisiert werden können. Für jedes Unternehmen können bis zu 200 Konten für Firmenmitarbeiter eingerichtet werden. Das Unternehmenskonto wird die Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden in beide Richtungen ermöglichen, also sowohl in Form von Bescheiden als auch Anträgen. Steuerformulare sind darin enthalten ebenso wie Maschinenschnittstellen für die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung.“

Und weiter: „Mit dem digitalen Unternehmenskonto rückt auch der „Single Point of Contact“ für Unternehmen näher. Damit können Unternehmen über eine Schnittstelle mit der Verwaltung kommunizieren. Bereits bei Bund und Ländern vorhandene Lösungen können dabei künftig in verschiedener Form an eine ELSTER-Lösung angeschlossen werden. Dafür sind etwa Schnittstellen zwischen ELSTER und Fachverfahren angedacht, die Verlinkungen von ELSTER in Landesportalen oder die Integration der ELSTER-Schnittstelle in ein vorhandenes Landeskonto. Die zentralen Funktionen des digitalen Unternehmenskontos sollen bereits 2021 zur Verfügung stehen (Phase 1). Erweiterte Funktionalitäten werden bis 2022 hinzukommen (Phase 2).“

Dazu heißt es aus Bayern: „Bayern ist es auf Bundesebene gelungen, den Weg für ein solches einheitliches digitales Unternehmenskonto zu beschleunigen. Der IT-Planungsrat beauftragt den Freistaat nun, die Technologie für alle Bundesländer auszurollen.“ Dabei arbeitet Bayern mit dem Bundesland Bremen zusammen: „Bayern schafft die technischen und praktischen Voraussetzungen für die Umsetzung auf ELSTER-Basis und Bremen prüft die Module Funktionspostfach und Autorisierung im Unternehmen als weitere mögliche Komfortfunktionen für das Unternehmenskonto.“

Der Zwölf-Punkte-Plan

Der nun verabschiedete Zwölf-Punkte-Plan ist letztlich ein Maßnahmenpaket, das Verwaltung und Wirtschaft fit für die Herausforderungen der Digitalisierung machen soll. Dazu wurden die folgenden Maßnahmen beschlossen:



Bayern will sein Engagement bei eGovernment und Digitalisierung ausbauen

1. Mobile First: Bayern wird zur Nummer 1 in Deutschland bei mobilen Verwaltungsservices. Dazu zählt beispielsweise, dass alle Ressorts ihre Angebote auch für die nutzerfreundliche Bedienung auf Smartphones und Tablet-Computern optimieren. Wichtige Verwaltungsleistungen sollen zudem in Bayern auch über die Bayern-App für Bürgerinnen und Bürger mobil verfügbar gemacht werden. Darin können Verwaltungsdienstleistungen mobil genutzt werden. Der Nutzer kann etwa Erinnerungsfunktionen der Verwaltung aktivieren sowie sicher und mobil auf Verwaltungsdokumente zugreifen.
2. Bayern soll Spitzenreiter bei staatlichen Cloud-Lösungen werden – die staatliche Deutschland-Cloud entsteht mit Bayerns Hilfe. Der Aufbau von Cloud-Lösungen für die Öffentliche Verwaltung ist ein Schlüsselthema digitaler Souveränität. Bayern baut die erforderlichen Infrastrukturen auf und gestaltet Ausbau föderaler Cloud-Lösungen auf Bundes- und EU-Ebene aktiv mit.
3. Bayern will in ein Kompetenzzentrum „Microservices und Containerisierung“ für moderne digitale Verwaltung investieren.
4. Bayern wird Spitzenreiter bei der Digitalisierung der Verwaltung. Die Staatsregierung treibt die vollständige Digitalisierung der Verwaltung voran. Mit der Qualifizierungsplattform „DigitalCampus“ will die Staatsregierung die digitalen Kompetenzen im öffentlichen Dienst zudem mit passgenauen Fortbildungen für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin stärken.
5. Bayern bietet TOP-Verwaltungsleistungen wie Elterngeld, Landespflegegeld und Gesundheitszeugnis bis Ende 2020 online an.
6. Bayern stellt auf dem Bayern-Portal freistaat.bayern ein Update bereit mit Services eines modernen Kundencenters. Responsives Design soll sich dem benutzten Gerät anpassen und die Software den Nutzer wiedererkennen. Die ständige Abrufbarkeit des aktuellen Bearbeitungsstands der Verwaltungsvorgänge soll den Servicecharakter weiter stärken.
7. Die BayernID PLUS soll die bayerische Identität im Netz werden. Jeder Bürger und jedes Unternehmen sollen durch die BayernID PLUS auch eine digitale Ausweis- und Unterschriftenfunktion bekommen.
8. Ein Unternehmenskonto auf Basis der bayerischen ELSTER-Technologie wird Modell für Deutschland. Das ist Bürokratieabbau „Made in Bavaria“.
9. In digitalen Innovationslaboren wird der Nutzer bei der Entwicklung digitaler Produkte und Services von Anfang an mit eingebunden.
10. Bayern will starke bayerische IT-Dienstleister aufbauen, die digitale Hightech-Lösungen für Staat und Kommunen am Standort Bayern entwickeln sollen.
11. Eine Stabstelle föderale Digitale Verwaltung kümmert sich darum, dass es kein relevantes Bund-Länder-Gremium ohne sachkundige bayerische Expertise geben wird.

> Lesen Sie weiter auf Seite 12

Dienstag, 3.3.2020,
ab 10 Uhr

Webcast mit NTT DATA

RPA: ENTLASTUNG DURCH DIGITALE HELFER



Stefan Dorn,
Head of Business Process Automation,
NTT DATA Deutschland GmbH



Elmar Stock,
Head of Public Services,
NTT DATA Deutschland GmbH

Software Roboter haben inzwischen einen hohen Reifegrad und unterstützen viele Organisationen in ihrer täglichen Arbeit. Wie erfolgreich ist RPA? Wie sehen realistische Einsatz-Szenarien aus? Welche Vorteile können Sie nutzen? Der Roboter erledigt seine Aufgaben schnell und zuverlässig, in gleichbleibend hoher Qualität. Bei Automobilherstellern und Lebensmittelproduzenten ist das schon längst Alltag. Aber bei Verwaltungen und Behörden? Automatisiert, medienbruchfrei und tatsächlich ohne Eingriff von außen übernimmt RPA verschiedene Routine-Aufgaben: Auf Basis von guter Planung, konfigurierten Regelwerken, strukturierten Inputdaten und geringer Komplexität, um Mitarbeiter*innen zu entlasten. Kosten, Risiken und Realisierungsdauer sind bei RPA gering. Somit lohnt sich die Automatisierung auch für Abläufe mit kleinem Arbeitsvolumen. Wir möchten Ihnen zeigen, wie Einsatzszenarien aussehen, welche Vorteile RPA in Bereichen wie u.a. Stammdatenpflege, Mitarbeiterverwaltung, Wiederholungsbearbeitung, Vertragsanalysen, E-Mail-Bearbeitung, oder Zahlungsabwicklung bringen kann und wie in Kombination mit Künstlicher Intelligenz echte Erfolge entstehen. Besuchen Sie unser Webinar zum Thema: Entlastung durch digitale Helfer.

NTT Data
Trusted Global Innovator



Jetzt anmelden unter
<http://bit.ly/LD-03032020>



Manfred Klein,
Chefredakteur eGovernment Computing

Konferenz-Hotline:
0821 2177-174

IT-Sicherheit in Öffentlichen Verwaltungen

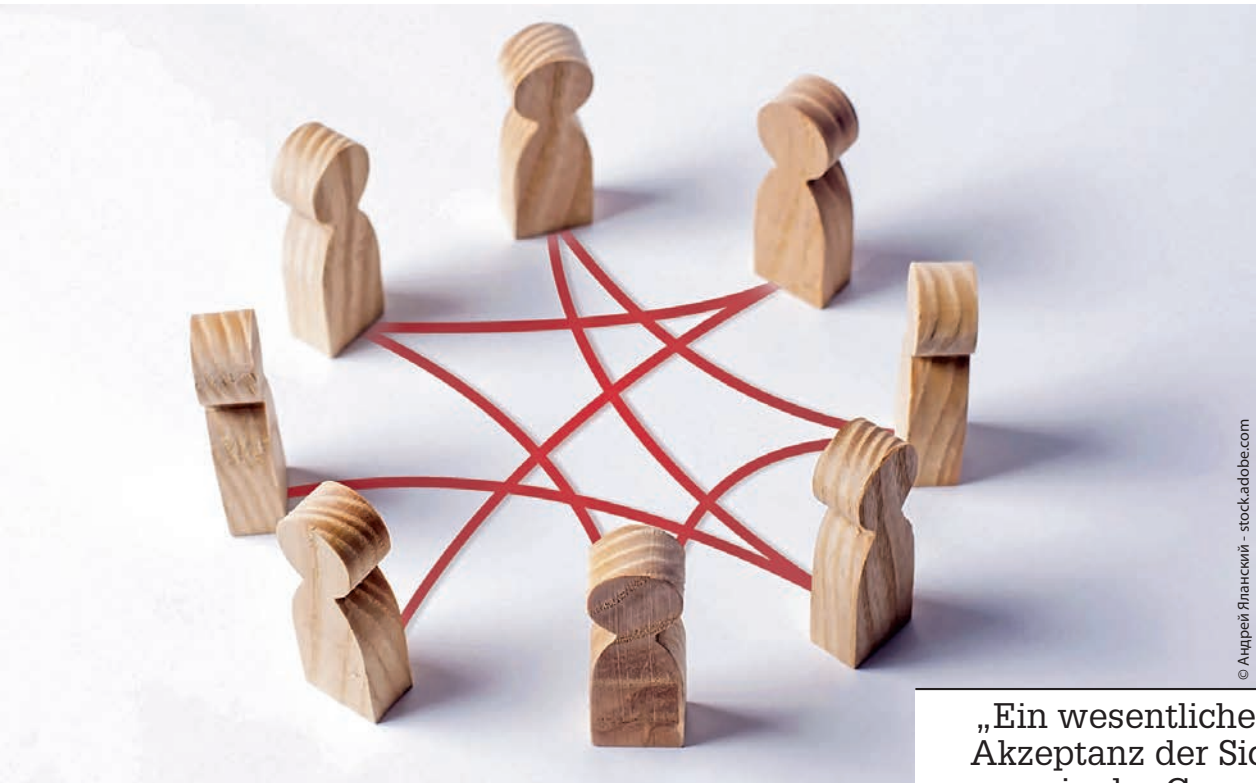
Sicherheit (managen) ist keine One-Man-Show

Vertrauen ist heute ein erfolgskritischer Faktor für alle Organisationen. Das Vertrauen von Kunden, Mitarbeitern und Partnern aber will gewonnen und – behalten werden. Die Lösung: Ein kooperativer Ansatz, um **Sicherheit in Organisationen** zu verwirklichen.

Dieses Vertrauen entsteht – neben professionellen Services – durch einen umfassenden Schutz der Organisations- und Kundeninformationen. Letzteres wird erzielt durch Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Daten. Entsprechend sollten sämtliche Sicherheitsmaßnahmen, die in organisatorische, betriebliche, rechtliche, infrastrukturelle und IT-bezogene Abläufe und Strukturen eingreifen, klar definiert und umgesetzt werden.

der Betroffenen oberste Priorität. Es muss darum gehen, beide Schutzgüter in einem angemessenen Rahmen abzusichern und die Gefahren zu minimieren. Wenn beispielsweise der Sicherheitsbeauftragte und der Datenschutzbeauftragte getrennt voneinander nach notwendigen Sicherheitsanforderungen bei der Konzeption eines Projektes angefragt werden und unabgestimmt antworten, ist das einer gemeinsamen beziehungsweise einheitlichen

gerecht zu werden und Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Denn es lassen sich im Kern sehr ähnliche Muster und Herausforderungen erkennen, auch wenn die Rahmenbedingungen in Organisationen und Unternehmen meist sehr unterschiedlich sind. Meist ist zu wenig Personal und zu wenig Zeit vorhanden, um die notwendigen Aktivitäten angemessen umsetzen zu können. Erfahrungsgemäß fehlt zudem eine zentrale Anlaufstelle, die alle sicherheits-



„Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Akzeptanz der Sicherheitsorganisation in der Gesamtorganisation“

Die Autoren

Aber die Realität sieht anders aus

Vor diesem Hintergrund ist es umso verwunderlicher, dass das Thema Sicherheit nur in wenigen Organisationen ganzheitlich betrachtet und umgesetzt wird. Die Realität zeigt, dass Sicherheitsthemen in der Regel von einzelnen Personen bearbeitet werden. Die Organisationseinheiten für Informationssicherheit / IT-Sicherheit, Datenschutz, Notfallmanagement und Geheimschutz arbeiten zu meist unabhängig voneinander, ihr Informationsaustausch ist nur gering. Diese Beobachtungen kann man unabhängig von der Unternehmensgröße, -form oder Branche machen. Zu großen Teilen wird an gleichen Fragestellungen gearbeitet, jedoch aus unterschiedlichen Blickwinkeln, da verschiedene Aspekte geschützt werden müssen. Es besteht grundsätzlich die Gefahr von Zielkonflikten zwischen den einzelnen Sicherheitsbereichen. Für die eine Organisationseinheit steht der Schutz der Organisation und der Informationen im Fokus, für andere ist der Schutz

Lösung nicht dienlich. Ebenso herausfordernd für Organisationen ist es, wenn Prozesse, Zuständigkeiten und Anforderungen nicht definiert sind. Dies führt dazu, dass oftmals der kurze Dienstweg gewählt wird, um offene Fragen schnell zu klären oder es erfolgt erst gar keine Kommunikation zu den Sicherheitsbereichen. Zu spät eingebunden, können sie ungeplant intervenieren oder das Vorhaben gänzlich stoppen. Unnötiger Verzug und Frustration bei allen Beteiligten sind die Folge.

Vier Blickwinkel auf ein gemeinsames Thema

Sicherheitsstandards und entsprechende Vorgaben – wie zum Beispiel DSGVO und IT-Grundschutz – haben zum Ziel, dass die entsprechenden Schutzgüter angemessen abgesichert werden. Neben der operativen Absicherung geht es jedoch auch um notwendige Nachweise, damit die Organisation „compliant“ ist, also die verbindlichen Vorgaben nachweislich umsetzt. Ein abgestimmtes und standardisiertes Vorgehen hilft, um den unterschiedlichen Anforderungen

relevanten Themen kanalisiert. Die Folge: In den Organisationen arbeiten die vier zentralen Sicherheitsbereiche – überspitzt formuliert – unabgestimmt und eigenständig nebeneinander, obwohl sie alle in unterschiedlichen Dimensionen den Schutz von Informationen zum Ziel haben. Fragestellungen zur Sicherheit können jedoch beispielsweise nicht mehr allein vom Datenschützer oder Informationssicherheitsbeauftragten beantwortet werden. Diese One-Man-Shows führen zu relevanten Zeitverlusten und provozieren weitere Sicherheitsvorfälle, wenn nicht alle Aspekte ausreichend und abgestimmt betrachtet werden. In allen Bereichen der Sicherheit sind Maßnahmen notwendig, die jeweils sehr ähnliche Anforderungen an Organisationen stellen. Daher müssen die Verantwortlichen effektiv zusammenarbeiten und Synergien in Steuerung, Umsetzung und Verwaltung nutzen. Nur so können sie schneller werden und gleichzeitig Aufwände reduzieren.

Infobox

Elemente einer Sicherheitsarchitektur

- **Informationssicherheit:** Der Bereich der Informationssicherheit definiert und steuert die übergreifenden Anforderungen im Bereich Informationssicherheit/IT-Sicherheit. Die Rolle IT-Sicherheitsbeauftragter (IT-SiBe) oder Informationssicherheitsbeauftragter (ISB) verantwortet meist diesen Bereich.
- **Datenschutz:** Der Datenschutz steuert im Rahmen der rechtlichen Vorgaben (u.a. DSGVO) das Thema Datenschutz zur Wahrung der Betroffenenrechte für die Gesamtorganisation. Die konkrete Umsetzung obliegt meist den Fachbereichen. Gesteuert wird der Datenschutz meist durch die Rolle Datenschutzbeauftragter.
- **Notfallmanagement:** Das Notfallmanagement definiert und steuert die Umsetzung der übergreifenden Vorgaben für das präventive Notfallmanagement (Business Impact Analyse, Wiederanlaufpläne, Notfallübungen) einer Organisation. Die Steuerung erfolgt meist durch den Notfallbeauftragter/Business Continuity Manager. Das reaktive Notfallmanagement wird meist durch einen Notfallstab im Falle eines Notfalls gesteuert (dies ist im Artikel nicht gemeint).
- **Geheimschutz:** Der Geheimschutz kümmert sich um den Schutz und die Geheimhaltung von Informationen. Für den öffentlichen Bereich ist die Verschlusssachenanweisung einschlägig. Der Bereich wird meist durch die Rolle Geheimschutzbeauftragter in öffentlichen Einrichtungen gesteuert. Für Wirtschaftsteilnehmer ist das Geheimschutzhandbuch einschlägig, in Unternehmen steuert die Rolle Sicherheitsbevollmächtigter den Bereich.

So funktioniert Zusammenarbeit

Die Definition und Steuerung von Sicherheitsthemen sollten, auch in kleineren Organisationen, nie allein von einer Person ausgehen. Den Kern sollte ein gemeinsam organisiertes ISMS (Managementsystem für Informationssicherheit) bilden. Die sicherheitsrelevanten Bereiche sind dabei organisatorisch so aufgestellt, dass eine enge Zusammenarbeit erfolgt, die einzelnen Prozesse aufeinander abgestimmt und Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten eindeutig geregelt werden.

sollte dann durch die entsprechenden Sicherheitsrollen der Organisation gemeinsam vorgenommen werden. Mit der Etablierung eines Security Boards als Entscheidungsgremium für alle sicherheitsrelevanten Themen kann deren kooperative Bearbeitung gelingen. Nach festgelegten Regeln entscheiden die Mitglieder über alle relevanten Sicherheitsbelange.

Sicherheitsberatung als Dienstleitung verstehen

Die Erfahrungen aus der Praxis belegen, dass es sinnvoll und zwingend notwendig ist, alle gesetzlich zulässigen, strategischen und taktischen Sicherheitsthemen von den zuständigen Personen gemeinsam bearbeiten und entscheiden zu lassen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass sicherheitsrelevante Aspekte bei allen Vorhaben von Anfang an mitgedacht und umgesetzt sowie kontinuierlich gemeinsam weiterentwickelt und gesteuert werden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Akzeptanz der Sicherheitsorganisation in der Gesamtorganisation. Wenn die Sicherheitsorganisation nicht akzeptiert oder nur als störend wahrgenommen wird, so können die Vorgaben und Prozesse noch so gut und eindeutig sein; relevante Entscheidungen zu Sicherheitsfragen werden wahrscheinlich nicht mit den übergreifenden Bereichen abgestimmt, sondern selbst entschieden. Die übergreifenden Sicherheitsbereiche sollten sich als interne Dienstleister verstehen und ihre Tätigkeiten als Service für die Geschäftsbereiche und Fachverantwortlichen ausrichten. Die Schaffung dieser neuen Form der Zusammenarbeit ist die Basis für ein integriertes Sicherheitsmanagement und mittelfristige Ersparnis von Zeit und Frustration.

> Lesen Sie weiter auf Seite 11

neu!

Healthcare COMPUTING

Alles zur Digitalisierung im Gesundheitswesen!



**Registrieren Sie sich noch heute und erhalten
Sie unseren wöchentlichen Newsletter!**

www.healthcare-computing.de/newsletter/anmeldung



TWENTY2X

Hannovers neue eGovernment-Messe

Vom 17. bis zum 19. März findet auf dem Messegelände in Hannover die TWENTY2X statt. Zentrales Thema der Veranstaltung, die Herausforderungen der Digitalisierung für den Mittelstand und welche Rolle eGovernment dabei spielen kann.

Ob digitales Unternehmenskonto oder elektronische Rechnung – immer häufiger stehen Wirtschaftsunternehmen im Fokus von eGovernment. Der Trend ist durchaus nachvollziehbar, denn die Massenverfahren zwischen Wirtschaft und Verwaltung versprechen große Einsparungspotenziale. Allerdings fehlte – spätestens seit dem Ende der CeBIT – eine Messe, auf der die unterschiedlichen Protagonisten zusammenkommen und in deren Rahmen vor allem die wichtige Rolle des Mittelstands als Motor der deutschen Industrie gewürdigt wird. Mit der TWENTY2X bringt die Deutsche Messe nun eine Veranstaltung an den Start, um diese Kommunikationslücke zu schließen. Dazu hat sich die Deutsche Messe bei der Entwicklung und Vermarktung der TWENTY2X schlagkräftige Partner an Bord geholt, die das Thema Mittelstand

sowohl auf Anbieter- als auch auf Anwenderseite treiben. Kommunen, die im Rahmen ihrer Standortpolitik sich über die Bedürfnisse der Industrie informieren wollen sind in Hannover auf der TWENTY2X also genau richtig.

Und auch eGovernment Computing wird an zwei Tagen Foren moderieren, in denen die Themen eGovernment und Mittelstand, OZG-Umsetzung und Digitale Souveränität intensiv diskutiert werden.

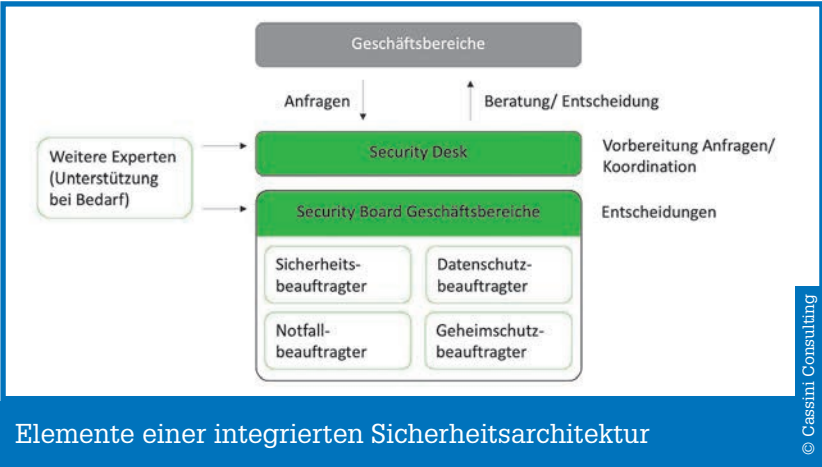
mk



Was braucht der Mittelstand von eGovernment? Der Erfahrungsaustausch steht im Mittelpunkt der TWENTY2X

Fortsetzung von Seite 8

Agil steuern und sicher umsetzen



Sicherheit agil steuern und umsetzen

Erfolgreich wird der kooperative Ansatz jedoch nicht allein durch geänderte Prozesse und Vorgaben. Vielmehr braucht es ein Bewusstsein dafür, dass Sicherheit nicht einmalig geschaffen und linear gedacht werden kann. Sicherheitsaufgaben sind oft komplex und die Umsetzung ist nicht exakt planbar. Größere Themen und Anforderungen in einzelne Aufgaben herunterbrechen und umzusetzen ist flexibler und oftmals bedarfsgerechter als die umfassende Lösung direkt zu planen. Diese agile Methodik sowie weitere Kernthemen des agilen Arbeitens komplettieren die neue, kooperative Form des Sicherheitsmanagements. Alle Vorhaben und Entscheidungen sollten daher

transparent und nachvollziehbar dokumentiert werden. Informationssicherheit sollte messbar und sichtbar sein. Diese Aspekte der Optimierung sind noch verhältnismäßig leicht umzusetzen. Bei der Erreichung von Sicherheitszielen entstehen jedoch oftmals Zielkonflikte zwischen den Sicherheitsbereichen eines Unternehmens. Partnerschaftlich und mit Offenheit statt Silo-Denken können diese Herausforderungen angegangen werden.

Erfolgsfaktoren einer Sicherheitsarchitektur

Abschließend und zusammenfassend bilden die nachfolgenden sechs Bausteine die Grundlage für die erfolgreiche Gestaltung von Sicherheit in Organisationen:

1. Bildung von starken Partnerschaften zwischen allen Sicherheitsrollen
2. Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für alle Sicherheitsfragen
3. Organisation mit selbstorganisierten und proaktiven Sicherheitsteams
4. Agile Steuerung und Umsetzung von Sicherheitsaufgaben
5. Struktur, Transparenz und Visualisierung von Informationssicherheit
6. Kreativität, Fehlerkultur und Selbstreflexion zur kontinuierlichen Verbesserung.

Die Autoren

Sabrina Klopsteg ist Senior Consultant bei Cassini Consulting.



Sven Malte Sopha ist Management Consultant bei Cassini Consulting



Weitere Informationen

Mehr zum vorgestellten Modell erfahren Sie in einem Erklärvideo unter



[bit.ly/Gemeinschaftsaufgabe]



Hochleistungsscanner SCAMAX® 6x1

- 4 Leistungsstufen
120 ppm | 150 ppm | 180 ppm | 210 ppm
- Upgradekonzept
Leistungs-Upgrade jederzeit möglich
- 7“ Touchdisplay mit Ampellogik
für schnelle intuitive Bedienung
- NoSCRATCH Glasführung
kratzresistent gegen Büroklammern
- Sortierfunktion
bei voller Scangeschwindigkeit
- Frei zugänglicher Transportweg
zum schnellen und einfachen Reinigen
- Komplette Bildbearbeitung im Scanner
mit PDT

Perfect Document TECHNOLOGY



Erhältlich als
SCAMAX®
601 | 611 | 621 | 631



Besuchen Sie uns vom
17. - 19. März 2020
auf der TWENTY2X
in Hannover.
Halle 7, Stand D09.

InoTec GmbH Organisationssysteme
Biedrichstr. 11
61200 Wölfersheim
Deutschland
www.inotec.eu

Production Scanners Made in Germany

Fortsetzung von Seite 8

Bayern setzt auf Blockchain

12. Zur Sicherung föderaler Strukturen soll eine „Süd-West-Schiene“ aufgebaut werden. Auf Ebene der großen Flächenländer sollen gemeinsame Infrastruktur genutzt, digitale Verfahren ausgetauscht und im Rahmen der Bund-Länder-IT-Zusammenarbeit ein starkes föderales Gewicht gebildet werden.

Nicht neu ist die Zielsetzung, schon bis Ende dieses Jahres wichtige OZG-Verfahren umzusetzen. Allerdings ist die Zahl der Anwendungen inzwischen leicht gewach-

dieser rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits online verfügbar, 20 weitere befinden sich in der Umsetzung. So schaffen wir digitale Bürgernähe.“

Ähnliches gilt auch für die Blockchain-Strategie des Freistaats. Auch hier ist man schon länger aktiv, will das bisherige Engagement aber weiter ausbauen. Dabei will man auf drei Schwerpunkte setzen:

■ **Bayern.Block:** Bayern wird als international führender Blockchain-Standort etabliert. Dabei werden relevante Akteure der Branche vernetzt und zusammengeführt. Das Bayerische Center für Blockchain [bc]² unterstützt den Austausch und Dialog innerhalb und außerhalb des Ökosystems und steigert die internationale Sichtbarkeit des Blockchain-Standorts Bayern.

■ **Bayern.Chain:**

Bayern setzt auf Umsetzungsorientierung. Der Freistaat will dazu eigene Kompetenzen aufbauen, indem konkrete Anwendungen angestoßen, gefördert oder für den staatlichen Bereich selbst entwickelt werden. Bayern.Chain umfasst unter anderem eine Maßnahme, die sich mit der Eindämmung von Umsatzsteuerbetrugsfällen im Online-Handel befasst. Auch soll geprüft werden, wie die Blockchain-basierte Verifikation auch auf Zeugnisse weiterer Einrichtungen ausgeweitet werden kann.

■ **Bayern.Trust:** Bayern ermöglicht für die Bürger einen pragmatischen und informierten Umgang mit den Technologien und ihren

Anwendungen. Das Themengebiet Blockchain soll dafür unter anderem im Informatikunterricht intensiver behandelt werden.

Ebenso wird das Engagement für die Toursimusbranche und die Förderung des Mittelstands weiter fortgeführt. So soll im niederbayerischen Waldkirchen die Kompetenzstelle Digitalisierung der Landesmarketingorganisation by.TM eingerichtet werden. Ziel ist es hier, die Vermarktung Bayerns durch digitale Infrastrukturprojekte zu unterstützen und dadurch das touristische Angebot zu verbessern. Und zur Unterstützung der bayerischen Unternehmen will die Staatsregierung das Projekt Digitalbonus weiterführen. Dazu heißt es aus dem Kabinett: „Die Digitalisierung der Unternehmen ist eine der größten Herausforderungen für die Wirtschaft. Besonders für kleinere und mittlere Unternehmen ist dieser Wandel mit immensen Investitionen in die digitale Infrastruktur herausfordernd. Aus diesem Grund hat die Staatsregierung mit dem Digitalbonus ein (...) Förderprogramm ins Leben gerufen. Mit ihm werden Unternehmen finanziell unterstützt, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren sowie ihre IT-Sicherheit zu verbessern. Gefördert werden Entwicklung, Einführung oder Verbesserung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen durch entsprechende Hard- oder Software.“

Die Staatsregierung will dieses Konzept daher weiterführen. Im Rahmen der Hightech Agenda Bayern soll der Digitalbonus mit 60 Millionen Euro jährlich dauerhaft fortgeführt werden. **mk**

sen. Sprach die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach in einem Interview mit eGovernment Computing vor einigen Monaten noch von 54 Verwaltungsdienstleistungen, sind es jetzt 55.

Aus dem Kabinett heißt es dazu: „Bayern wird die rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits Ende 2020 digital bereitstellen. Darunter fallen etwa Leistungen aus dem Bereich Steuern wie Einkommenssteuer, Gewerbesteuer oder Umsatzsteuer, Leistungen aus dem Bereich Familie wie Familiengeld, Geburtsurkunde und Elterngeld sowie Leistungen aus dem Bereich Unternehmen wie Unternehmensanmeldung und Gewerberegisterauszug. Derzeit sind 28

Bayern setzt auf Umsetzungsorientierung. Der Freistaat will dazu eigene Kompetenzen aufbauen, indem konkrete Anwendungen angestoßen, gefördert oder für den staatlichen Bereich selbst entwickelt werden. Bayern.Chain umfasst unter anderem eine Maßnahme, die sich mit der Eindämmung von Umsatzsteuerbetrugsfällen im Online-Handel befasst. Auch soll geprüft werden, wie die Blockchain-basierte Verifikation auch auf Zeugnisse weiterer Einrichtungen ausgeweitet werden kann.

■ **Bayern.Trust:** Bayern ermöglicht für die Bürger einen pragmatischen und informierten Umgang mit den Technologien und ihren

Fortsetzung von Seite 5

Keine Klarnamenpflicht

Inzwischen wird der Vorstoß Niedersachsens auch von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Dazu erklärte der Innenminister des Landes, Lorenz Caffier: „Wir alle beobachten, dass insbesondere in sozialen Medien längst nicht nur ein rauer Ton herrscht, sondern unter dem Deckmantel der Anonymität Hass gesät wird. Und uns muss bewusst sein, dass Worte irgendwann auch in Taten umschlagen können. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wir müssen es unseren Ermittlungsbehörden leichter ermöglichen, an die Täter heranzukommen. Bei Anbie-

tern sollen deshalb Name und Anschrift hinterlegt sein, im Fall von Straftaten können Ermittler darauf zugreifen.“

Auch Caffier wandte sich gegen eine Klarnamenpflicht: „Wir brauchen eine leichtere Identifizierbarkeit, um gegen Beleidigungen und Hass vorzugehen. Es geht ausdrücklich nicht um einen Zwang zu Klarnamen auf Plattformen. Pseudonyme sind weiter möglich, aber der richtige Name muss bei der Registrierung angegeben werden“, ergänzt Caffier.

Zudem sollen diese neue Regelung sowie auch die weiteren Regeln des

Netzwerkdurchsetzungsgesetzes auch auf Spieleplattformen ausgeweitet werden. „Soziale Medien wie Facebook oder Twitter sind das Eine. Aber Kommunikation jeder Form, darunter eben auch Hass, findet immer öfter auf Plattformen außerhalb dieser Anbieter statt, zum Beispiel auf Spieleplattformen. Deshalb müssen diese Regeln auch dort gelten“, so der Innenminister abschließend.

Die beiden Bundesländer wollen den Antrag auf Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes in der Bundesratssitzung noch Februar einbringen. **mk**

Dienstag, 17.3.2020,
ab 10 Uhr

Webcast mit Fujitsu

INTELLIGENTE MOBILITÄT FÜR SMARTE STÄDTE



Steffi Brauer,
Head of Smart Police & City,
Strategisches IT-Consulting
Öffentliche Auftraggeber,
Fujitsu Technology
Solutions GmbH

Welche innovativen Strategien und Technologien eignen sich, kommunale Verwaltungsprozesse rund um das Thema Verkehr & Mobilität zu verbessern?

Beim Thema Verkehr & Mobilität kämpfen große wie kleine Städte und Kommunen in Deutschland mit immensen Herausforderungen. Dazu zählen verstopfte Straßen, ein unpünktlicher und überlasteter ÖPNV sowie hohe Luftverschmutzung. Um die Lebensqualität in Städten zu erhöhen, die Komplexität der Aufgaben zu meistern und die kommunalen Verwaltungsprozesse zu verbessern, gilt es innovative und auf die jeweilige Kommune zugeschnittene Ansätze und Strategien zu entwickeln. Wie neue Technologien und Lösungen sinnvoll eingesetzt, miteinander kombiniert, in vorhandene Systeme integriert sowie mit Partnern vernetzt und betrieben werden – so dass echte Mehrwerte entstehen: hier unterstützt und begleitet Fujitsu seine Kunden seit vielen Jahren.

In dem eGovernment Computing Live-Cast erörtern wir Einsatz-

szenarien innovativer Technologien rund um Routenoptimierung, Verkehrsbeobachtung und Parkraummanagement und zeigen dabei, welche Unterstützung Fujitsu's Digital Annealer und Datenanalyse-Tools geben können.

FUJITSU



Jetzt anmelden unter
<http://bit.ly/LD-17032020>



Manfred Klein,
Chefredakteur eGovernment Computing

Konferenz-Hotline:
0821 2177-174



Was ist CRISP? Diese und viele andere Fachbegriffe erklärt Ihnen das Glossar auf eGovernment-Computing.de.

www.eGovernment-Computing.de/specials/definitionen

Praxis & Innovation



Die Stadt Potsdam kämpft mit den Nachwirkungen eines Cyberangriffs.



Wie sich mobile Kommunikation in Behörden absichern lässt.

Trojaner

Emotet hat Deutschland weiterhin im Griff

Emotet hat in den letzten Monaten immer wieder Stadtverwaltungen, Krankenhäuser und Universitäten lahmgelegt. Der **Trojaner** zählt laut BSI aktuell zu den gefährlichsten Schadprogrammen.

Das Kammergericht Berlin, die Universität Gießen, das Klinikum Fürth sowie die Städte Frankfurt und Bad Homburg – sie alle wurden Opfer der Schadsoftware Emotet. Der Trojaner wurde erstmals 2014 identifiziert und ist nach wie vor aktiv.

Gravierende Folgen

„Die Folgen der Emotet-Attacken waren gravierend: Behörden blieben wegen der Abschaltung der IT-Systeme geschlossen, Kliniken haben keine neuen Patienten angenommen und mussten Operationen verschieben, Mitarbeiter konnten teilweise ihre Computer nur noch als Schreibmaschine nutzen, nachdem die Geräte unter Quarantäne gestellt wurden. Neben dem Verlust sensibler Daten kann eine Infektion durch die Schadsoftware so weit führen, dass ganze IT-Infrastrukturen neu aufgebaut werden müssen“, erläutert Jochen Koehler, Regional VP Sales Europe bei Security-Anbieter Bromium. Laut Koehler gehen Niedersachsens Finanzbehörden inzwischen sogar so weit, dass sie aus Angst

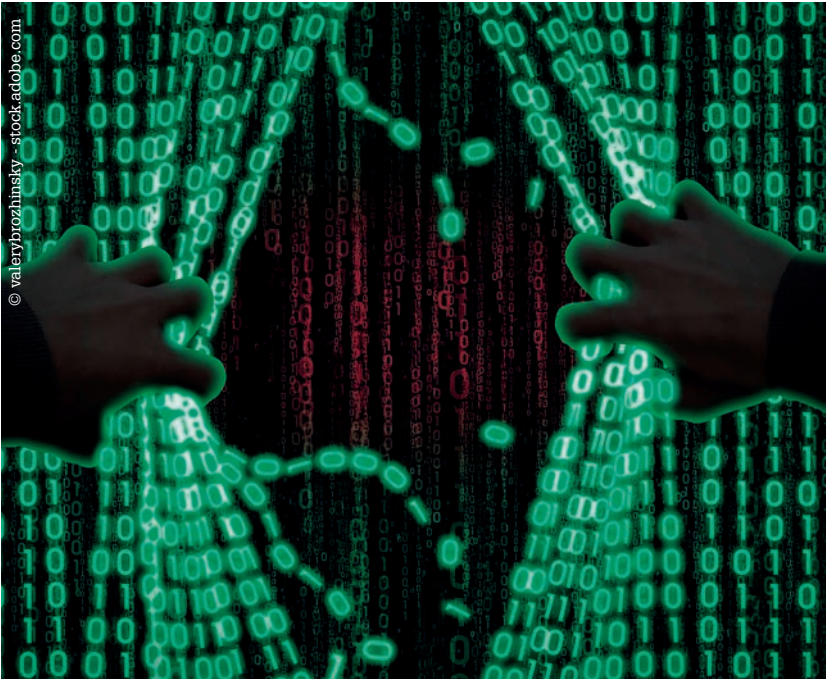
vor Cyber-Attacken Mails mit Linkadressen oder Office-Anhängen blockieren. Daten und Infrastrukturen zu schützen, indem man Zugriffe auf Anhänge und Internetlinks in eMails an sich verhindert, gehören laut Koehler sicherlich zu der Art von Maßnahmen, die man als letzten Ausweg betrachten könne.

„Emotet ist deshalb so gefährlich, weil er ständig weiter verbessert wird. In Sicherheit sollte sich deshalb niemand wiegen, längst stehen Unternehmen und Einrichtungen jeder Größe und Branche im Fadenkreuz der Hacker, wie die zahlreichen Angriffe der letzten Wochen gezeigt haben“, warnt Koehler.

Wie funktioniert Emotet?

Emotet versteckt sich in den Anhängen von eMails, etwa als Word-Dokument, oder in eingefügten Links auf Web-Seiten, die den Schadcode ausliefern. Wird der infizierte Anhang geöffnet beziehungsweise der Link angeklickt, späht das Programm die infizierten Mail-Systeme aus. Emotet hat dabei die Fähigkeit, neben Kon-

taktinformationen auch Nachrichteninhalte auszulesen. Über diesen Türöffner kann sich die Schadsoftware lange Zeit unerkannt weiterverbreiten und täuschend echt aussehende Spam-Mails von Absendern verschicken, mit denen man zuletzt in Kontakt stand.



Emotet ist eine der meistverbreiteten Malware-Familien, sie hat nahezu jeden Sektor im Visier

Emotet lädt aber nicht nur Überwachungssoftware auf den Rechner, sondern auch weitere Schadprogramme nach: beispielsweise Ransomware, die flächendeckend die Daten eines infizierten Systems verschlüsselt oder ganze Netzwerke lahmlegt und dann Lösegeld fordert. „Als Spam-Aktion ist Emotet der erste Schritt in einem kriminellen Vorgang, der zur Infektion durch beliebig viele Malware-Familien führen kann. Zurzeit schleust Emotet die Banking-Malware Trickbot ein, die bereits die Tore zu enormen Ransomware-Aktivitäten geöffnet hat“, bestätigt Kimberly Goody, Senior Manager, Cybercrime Analysis bei Security-Anbieter FireEye. „Man kann nicht mehr blind jeder eMail vertrauen, selbst wenn sie auf den ersten Blick von Kollegen und Freunden zu kommen scheint“,

erläutert Goody. Insbesondere bei eMails mit Links oder Anhängen sei Vorsicht geboten.

Gegenmaßnahmen

„Solange unklar ist, welchen Zweck sie erfüllen, sollten Benutzer keine Makros oder andere aktive Inhalte innerhalb eines Dokuments aktivieren – zumindest, bis sie sich bei dem Absender über einen alternativen Kommunikationskanal rückversichert haben“, empfiehlt Goody. Koehler setzt auf Micro-Virtualisierung. „Bei der Micro-Virtualisierung wird jede riskante Anwenderaktivität wie das Öffnen eines eMail-Anhangs oder das Downloaden eines Dokuments in einer eigenen Micro-VM (Virtual Machine) gekapselt. Eine mögliche Schädigung durch ein Schadprogramm bleibt dadurch immer auf die jeweilige Micro-VM beschränkt, die zudem nach Beendigung einer Aktivität wieder automatisch gelöscht wird. Eine Kompromittierung des Endgeräts und nachfolgend des Netzwerks über einen dieser Angriffswege ist damit ausgeschlossen“, so Koehler. **su**

Schutzmaßnahmen

Auf der Website der „Allianz für Cybersicherheit“ des BSI gibt es einen umfassenden Überblick zu Schutzmaßnahmen vor Emotet und gefährlichen eMails im Allgemeinen:



[bit.ly/BSI-Emotet]

Projekt des BMI

Gesucht: Ideen für deutsche Smart Cities

Das Bundesinnenministerium (BMI) geht zum zweiten Mal auf die Suche nach Smart-City-Modellprojekten. Insgesamt stehen über 150 Millionen Euro **Fördergeld** für Projekte von Städten, Kreisen, Gemeinden oder Städtenetzwerken zur Verfügung.

Das Projekt steht unter dem Motto „Gemeinwohl und Netzwerkstadt/Stadtnetzwerk“, gefördert werden laut Innenministerium „kommunale, fachübergreifende und raumbezogene Strategien der Stadtentwicklung sowie deren Umsetzung für die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung und der dafür notwendige Kompetenzaufbau“.

„Bei den Modellprojekten Smart Cities kommt es uns ganz entscheidend auf den Austausch und die Vernetzung zwischen den Kommu-

nen und den Transfer von erworbenem Wissen an. Ziel ist, voneinander zu lernen und gute Ansätze für andere nutzbar zu machen. Wir wollen, dass möglichst viele von den Erfahrungen Einzelner profitieren“, betont Baustaatssekretärin Anne Katrin Bohlke.

Wissenstransfer

In den Modellprojekten sollen Smart-City-Ansätze beispielhaft für deutsche Kommunen entwickelt und erprobt werden. Die ent-



wickelten Lösungen müssen also skalierbar und replizierbar sein, damit die Ergebnisse auch von an-

deren Gemeinden verwendet werden können. Die geförderten Kommunen sind laut BMI außerdem verpflichtet, am Erfahrungsaustausch über die geförderten Modellprojekte hinaus aktiv mitzuwirken und geför-

Bewerbungen müssen bis 20. April 2020 eingereicht werden. Für die Modellprojekte der zweiten Projektrunde und den Wissenstransfer stehen über 150 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt will das BMI in vier Projektunden rund 50 Modellprojekte mit rund 750 Millionen Euro fördern. **su**

Bewerbung

Das gesamte Bewerbungs- und Auswahlverfahren läuft über die Website



[www.smart-cities-made-in.de]

Allgemeine Infos zu den Smart-City-Aktivitäten des Bundes gibt es auf



[bit.ly/BMI-Smartcity]

derte Software-Lösungen als Open-Source-Software zur Verfügung zu stellen.

Umfragen & Studien

Patienten wünschen sich mehr Online-Angebote

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen für den Gesundheitsbereich. Online-Dienste können dazu beitragen, die Versorgung zu verbessern: Anwendungen wie die **Online-Terminbuchung** sind immer mehr gefragt, werden aber noch zu selten angeboten.

Trends bei Digital-Health-Leistungen

- 52 Prozent** der Bürgerinnen und Bürger sind nicht zufrieden mit der derzeitigen Entwicklung im Gesundheitswesen.
- 81 Prozent** glauben, dass Langzeiterkrankungen wie Diabetes mithilfe von digitalen Lösungen besser behandelt werden können.
- 90 Prozent** der Deutschen würden zugelassene Apps wie Erinnerungen zur Medikamenteneinnahme, Monitoring von Vitaldaten und Hinweise zu möglichen Wechselwirkungen zwischen Arzneimitteln nutzen.
- 76 Prozent** sind der Meinung, dass ein digitaler Datenaustausch zwischen Medizinnern und Krankenkassen sowie Patienten das Gesundheitswesen verbessern würde.

Quelle: Sopra Steria

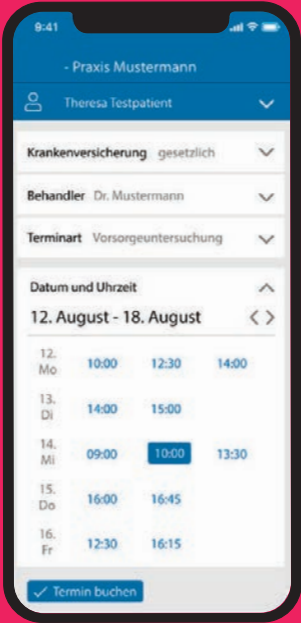
Digitalisierungsreport 2019

Der digitale Patient im deutschen Gesundheitswesen

Quelle: samedi

Online-Termine: Nachgefragt, aber zu selten angeboten

- 57%** der Patient*innen buchen ihre Termine nur selten online
- 74%** geben an, dass Ärzte diesen Service zu selten offerierten



Online-Nutzerverhalten der Patient*innen

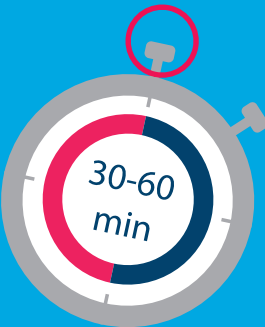
- | WIRKLICHKEIT | WUNSCH |
|--|--|
| 34% suchen online nach ihrem Arzt | 73% würden ihre Termine online buchen |
| 35% nutzen die Online-Terminbuchung | 60% würden eine Terminerinnerung per E-Mail oder SMS nutzen |
| 26% lassen sich per E-Mail oder SMS an Arzttermine erinnern | |

Die Deutschen sind mit ihrer Behandlung zufrieden

- | | |
|--|---|
| 83% sind mit der Freundlichkeit zufrieden | 76% bewerten das Personal als kompetent |
| 81% loben die fachliche Kompetenz | 75% empfinden die Behandlungszeit als angemessen |
| 78% bewerten das Personal als freundlich | |

Wartezeit ist Lebenszeit!

- 37%** der Patient*innen warteten zwischen 30 bis 60 Minuten beim Arzt
- Nur knapp **55%** sind mit ihrer Wartezeit zufrieden



Befragt wurden 1.009 Deutsche mit gesetzlicher Krankenversicherung



Cyberattacke im Land Brandenburg

Angriff auf Potsdamer Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung der Brandenburger Landeshauptstadt kappte nach einem **Cyberangriff** am 22. Januar die Verbindung zum Internet. Seither geht es Schritt für Schritt in Richtung Normalbetrieb.

Die Verwaltungen in Potsdam, Brandenburg und Stahnsdorf wurden Ziel eines Cyberangriffs. In allen drei Stadtverwaltungen wurde die Verbindung zum Internet – zumindest vorübergehend – abgeschaltet. Während Stahnsdorf recht schnell zum Normalbetrieb zurückkehren konnte, gestaltete sich die Situation in der Landeshauptstadt komplizierter. Sämtliche onlinebasierten Anwendungen waren nicht mehr nutzbar, die Verwaltung konnte keine eMails von außen empfangen, Bürger mussten alle Anträge schriftlich auf dem Postweg bei der Verwaltung einreichen. Die Kfz-Behörde, die Urkundenstelle des Standesamtes und das Portal Maerker und Maerker Plus waren nicht erreichbar, und auch die Leistungen im Bürgerservice-Center standen nur eingeschränkt zur Verfügung: Wie die Stadt bekannt gab, war im Bürgerservice die Zahlung mit Karte nicht möglich.

Auf Telefon und Fax war Verlass

Die Kommunikation via Telefon und Fax funktionierte immerhin ohne Probleme, und auch die interne Kommunikation über Intranet und den internen Mailverkehr war laut Stadt möglich. „Wir können alle Auszahlungen beispielsweise an Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger, Jugendhilfeträger oder für Honorare der Volkshochschullehrer gewährleisten, ebenso für die Mitarbeitenden der Verwaltung“, beruhigte Oberbürgermeister Mike Schubert die Bürger in der Zeit direkt nach dem Cyberangriff. „Das Team von IT-Spezialisten arbeitet weiter intensiv und mit externer Unterstützung daran, die Fehler zu beheben. Unser Fokus liegt auf der Arbeitsfähigkeit des Hauses und darauf, allen Bürgerinnen und Bürgern wieder uneingeschränkt alle Dienstleistungen der Verwaltung zu ermöglichen. Darüber hinaus werden die Systeme weiter analysiert.“

Was war passiert?

Wie die Stadt Potsdam bekannt gab, waren in zentralen Netzzugängen der Landeshauptstadt „zahlreiche Ungereimtheiten“ festgestellt worden. Verantwortlich dafür war eine Schwachstelle in der Citrix-Systemsoftware, über die versucht wurde, von extern unautorisiert Daten abzurufen oder Schadsoftware zu installieren. „Um den Schaden zu analysieren und

um die Sicherheit der Daten zu gewährleisten, sind externe IT-Sicherheitsfirmen und IT-Forensiker beauftragt, die IT-Spezialisten der Verwaltung bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Landeshauptstadt hat Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt und die für IT-Sicherheit und Datenschutz verantwortlichen Landes- und Bundesstellen informiert“, heißt es weiter.

Aktuelle Situation

Noch immer ist die Stadt Potsdam nicht zum normalen Verwaltungsbetrieb zurückgekehrt. Zahlreiche

gung und werden ausgezahlt. Für Einwohner mit ausländischem Pass kann die Ausländerbehörde einen Teil der Leistungen wieder zur Verfügung stellen. Im Bürgerservice ist die Beantragung von vorläufigen Dokumenten (Führungszeugnis, Personalausweis, Reisepass) möglich.

Stadt Brandenburg

Auch die Stadt Brandenburg berichtete von Problemen. „Ebenso wie beim Angriff auf das Potsdamer Rathaus wurde auch in der Brandenburger Stadtverwaltung ein Citrix-Gateway zur Abwicklung



Rathaus in Potsdam

Dienstleistungen sind noch immer nicht möglich oder werden nur verzögert bearbeitet. Dazu zählen Zulassungen für Fahrzeuge außerhalb Potsdams sowie die Bearbeitung von Neuanträgen und Weiterbewilligungen für Wohngeld und Bafög, bei denen es zu Verzögerung kommt. Um- und Anmeldungen von Wohnsitzen können noch nicht beantragt werden, und auch eine Kartenzahlung ist noch nicht möglich. Auch die Online-Terminvergabe steht weiterhin nicht zur Verfügung. Seit 12. Februar läuft die eMail-Kommunikation wieder. Die Bürger sollen laut Stadtverwaltung aber darauf achten, dass bereits gesendete eMails in Einzelfällen nicht versandt wurden, obwohl sie im Ordner „Gesendete Elemente“ zu sehen sind. Die Kfz-Zulassungsstelle kann mittlerweile wieder einen Großteil der Leistungen zur Verfügung stellen, da die Verbindung mit dem Kraftfahrt-Bundesamt wieder steht. Das Standesamt kann wieder Urkunden ausstellen. Für Menschen, denen Wohngeld bewilligt wurde, stehen die Leistungen ohne Einschränkungen zur Verfü-

des äußeren Systemzugangs für Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf das interne Mitarbeiterportal kompromittiert, konkret betrifft das Schulsekretariate, den Stadtförster, die Ortsteilverwaltung Kirchmöser sowie ARGE/Jobcenter und Home-Office-Zugänge“, berichtete die Stadtverwaltung. Das Team der IT der Stadtverwaltung habe auf dem Citrix-Gateway Einträge festgestellt, die auf Crypto-Miner verweisen. Weitere Systeme sollen nicht betroffen gewesen sein, auch der elektronische Austausch über eMail und Fachprogramme funktionierte ohne Einschränkungen. „Nach derzeitigen Erkenntnissen sind Bürgerdaten nicht gefährdet. Das IT-Sicherheitsteam beim Zentralen IT-Dienstleister des Landes ist ebenfalls informiert“, kommentierte Gert Walter, Leiter der städtischen IT-Abteilung. **su**

Infokanäle

Die Potsdamer Stadtverwaltung hält die Bürger via Twitter und auf ihrer Website auf dem Laufenden:

[www.twitter.com/LH_Potsdam]
[www.potsdam.de]

Dienstag, 24.3.2020, ab 10 Uhr

Webcast mit Rohde & Schwarz

EMOTET & CO – WARUM SIE SICH KEINE SORGEN MACHEN MÜSSEN



Clemens Schulz, Director Desktop Security, ROHDE & SCHWARZ GmbH & Co. KG



Jana Unterberg, Content Marketing Managerin, ROHDE & SCHWARZ GmbH & Co. KG

Die Schadsoftware Emotet hält die Welt in Atem und hat 2019 Wirtschaft und Behörden in erheblichem Maße getroffen. Dabei ist Emotet keine homogene Malware, sondern umfasst ein mehrstufiges Angriffsszenario. Damit wird ein neues Level der Cyberkriminalität erreicht. Es werden gezielt Angriffe ausgeführt, die sonst nur aus dem Bereich der kritischen Infrastrukturen (KRITIS) bekannt sind. Unternehmen sowie Behörden geraten so in den Fokus der Cyberkriminellen. Diese sind jedoch oft nicht ausreichend vor solchen Angriffen geschützt – Firewalls, Anti-Viren-Software und regelmäßige Updates sind hier noch oft der Standard. Erfahren Sie in unserem Webinar, was Sie tun können, wenn Sie von Emotet oder anderen neuartigen Angriffsszenarien getroffen wurden und wie Sie sich aktiv schützen können.

- In unserem Live-Webcast erfahren Sie u.a:
- Emotet: Wie sieht ein Angriff konkret aus?
 - Welche Erste-Hilfe-Maßnahmen müssen Sie vornehmen, falls Sie getroffen wurden
 - Wie sehen generelle Schutzmaßnahmen aus, die Sie im Vorfeld ergreifen können?
 - Wie schützen Sie Ihre Endpoints (Laptops, PCs etc.) und Ihr Netzwerk proaktiv vor Emotet und immer wieder neu aufkommenden Angriffsszenarien?

ROHDE & SCHWARZ



Jetzt anmelden unter <http://bit.ly/LD-24032020>



Manfred Klein, Chefredakteur eGovernment Computing

Konferenz-Hotline: 0821 2177-174

Bereitschaft zur Veränderung in der Öffentlichen Verwaltung

Mehr Wertschöpfung mit ITIL 4

Auch **ITIL 4**, das Update von ITIL V3, ist für ganz unterschiedliche Organisations- und Unternehmensformen geeignet. So beschreibt auch die neue ITIL-Version für Behörden und Verwaltungen geeignete Verfahren und Vorgehensweisen zur erfolgreichen **Implementierung neuer eGovernment-Services**.

Anfang Januar 2019 ist das englische ITIL-4-Foundation-Buch erschienen, dessen deutsche Übersetzung im September auf den Markt gekommen ist. Weitere Veröffentlichungen werden innerhalb der nächsten Monate folgen. Das Best-Practice-Framework eröffnet einen Baukasten für das Management von Services sowie für die Einbindung unterschiedlicher Frameworks und Methoden wie Lean Management und agile Ansätze.

Zentrale Idee hinter der neuen ITIL-Version ist ein ganzheitlicher, wertorientierter Ansatz für das Ende-zu-Ende-Service-Management. Auch für Behörden als Service-Provider für Bürger und Wirtschaft stellt die Best-Practice-Sammlung die Wertschöpfung in den Mittelpunkt. Nadin Ebel, IT-Projektleiterin, Beraterin für IT-Service-Management und akkreditierte ITIL-Trainerin bei Materna, erläutert die neuen Möglichkeiten für öffentliche Verwaltungen.

Was ändert sich mit ITIL 4 gegenüber ITIL V3 mit Veröffentlichung im Jahr 2011?

Ebel: Behörden, die sich bereits mit IT-Service-Management und ITIL V3 auseinandergesetzt und danach ihre Prozesse etabliert haben, können diesen Weg weiterbeschreiten. Zwar nutzt ITIL 4 neue Modelle wie Service Value Chain und andere Erweiterungen im Sinne eines Ende-zu-Ende-Managements von Service-Wertschöpfungsketten. Die Ziele des Incident-Managements und des Service-Level-Managements bleiben dennoch gleich. Das Framework hat sich mit ITIL 4 weiterentwickelt, neue Aspekte aufgegriffen, dabei bekannte Grundprinzipien berücksichtigt. Es setzt mit der Kunden- und Wertorientierung nur andere Schwerpunkte, über die die Behörden nun ihre Best-Practice-Sammlung verbessern können.

Was steht hinter dieser Wertschöpfung?

Ebel: Es geht darum, einen messbaren Mehrwert zu generieren. Für diese Mehrwert-Definition stellt ITIL 4 die Kunden bzw. Zielgruppen in den Mittelpunkt, um so ihre Produkte und Dienstleistungen über entsprechend angepasste Verwaltungsprozesse einschließlich der zu befolgenden regulativen Vorgaben an deren Erwartungen ausrichten zu können. Die IT-Organisation als Service-Provider muss dazu wiederum ihren Fokus

sowohl auf die Interessen der Bürger und der Wirtschaft als auch der Behörde richten. Per Definition können anvisierte Mehrwerte beispielsweise geringere Verwaltungskosten, zufriedener Mitarbeiter in der Behörde oder innerhalb der IT-Organisation, bessere Ansprechbarkeit für Bürger und Wirtschaft, Synergieeffekte über Behördengrenze hinweg und/oder mehr Sicherheit für kritische Infrastrukturen sein. Der



Mit der IT Infrastructure Library (ITIL) können Verwaltungsprozesse effizienter gestaltet werden

ganzheitliche, wertorientierte Ansatz von ITIL 4 macht dies möglich. Er beschreibt, wie sämtliche Komponenten und Aktivitäten innerhalb einer Organisation im Sinne eines Service-Ökosystems zusammenspielen sollten, um mittels Services Wertschöpfungen in Gang zu setzen. Dazu adressiert ITIL 4 die Dimensionen „Organisationen und Personen“, „Informationen und Technologien“, „Partner und Lieferanten“ sowie „Wertströme und Prozesse“. Diese Dimensionen wirken wiederum auf das Service-Value-System .

Können Sie näher auf dieses Service-Value-System eingehen?

Ebel: Das Service-Value-System beschreibt, wie welche Komponenten und Aktivitäten innerhalb der IT-Organisation zusammenspielen müssen, damit darüber im Sinne der Wertschöpfung Produkte und Services mit Mehrwert für Bürger und Wirtschaft entstehen. Dazu berücksichtigt das Service-Value-System auch die Bürger und die Wirtschaft als Service-Nutzer, beispielsweise indem es auch auf die Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes, des Online-Zugangsgesetzes und des E-Government-Gesetzes eingeht. Diese Wertschöpfung wird erreicht über die fünf Bestandteile des Service-Value-Systems „Grundprinzipien“, „Governance“, „Wert-

schöpfungskette (Service Value Chain), „kontinuierliche Verbesserung“ und „Practices“.

Mit ITIL 4 ist erstmals der Produktbegriff eingeführt worden. Können Sie erklären, weshalb?

Ebel: Der Begriff „Produkt“ wird nun explizit in ITIL 4 genutzt. In den vorangehenden Versionen war dies eher implizit der Fall, beispielsweise über den Begriff der Informationstechnologie oder der

sogenannten Assets in Form von Ressourcen wie der Infrastruktur. Darauf zielt auch die Aussage in ITIL 4 ab, dass sich ein Produkt aus den Ressourcen einer Organisation zusammensetzt. Auf Basis der Produkte entsteht mittels der Aktivitäten entlang der Wertschöpfungsketten das Service-Angebot.

Inwieweit löst diese Service-Wertschöpfungskette den Service-Lebenszyklus von ITIL V3 ab?

Ebel: ITIL V3 orientiert seine Struktur am Lebenszyklus des IT-Services. Dieser Kreislauf bildet die Lebensdauer des IT-Services ab: von seiner Entstehung bis hin zu seiner Stilllegung (Retirement). Mit ITIL V3 waren Rollen, Prozesse und Funktionen verhältnismäßig starr dem jeweiligen ITIL-Buch und der jeweiligen Phase entlang des Lebenszyklusses als sequenzielle Vorgehensweise zugeordnet. Dies hatte zur Folge, dass beispielsweise das Incident-Management bisher weitgehend nur im Service-Betrieb als aktives Steuerungselement zur Geltung kam. Service Value Chain beinhaltet als zentrales Element in ITIL 4 hingegen die Schlüsselaktivitäten, die notwendig sind, um auf die Nachfrage zu reagieren und über die Erstellung von Produkten und Services über eine Wertschöpfungskonfiguration der Organisation einen Mehrwert zu schaffen. Um auf das

Beispiel Incident-Management zurückzukommen: Mit den Best Practices von ITIL 4 ist das Incident-Management an allen sechs Service-Value-Chain-Aktivitäten in unterschiedlicher Ausprägung beteiligt, angefangen bei der Planung neuer Produkte und Services. Über die Design- und Transition-Aktivität können mittels Incident-Management neue Support-Gruppen eingebunden und Tool-seitige Anpassungen von neuen Kategorien, von neuen Gruppen sowie von bestehenden oder neuen Eskalationsstufen vorgenommen werden.

Auch an der Unterstützung und der Kommunikation bei der Betriebseinführung ist das Incident-Management beteiligt, ebenso an der Verbesserungs-Aktivität. So sind Incidents eine wichtige Quelle für die Verbesserung von Services.

Was ist mit den Behörden, die mit ITIL V3 als Bauplan bereits damit begonnen haben, ihre Services zu unterstützen und zu verbessern?

Ebel: ITIL-V3-Prozesse haben mit ITIL 4 nicht ihre Gültigkeit verloren. Die detaillierten Prozessspezifikationen aus ITIL V3 sind deshalb für die Behörden, die bereits in diese Richtung aufgebrochen sind, eine solide Grundlage. ITIL 4 ist für die Behörden als Verbesserungsansatz zu verstehen und zu nutzen. So zeigt ITIL 4 beispielsweise auf, dass bei der Ausgestaltung des Service-Angebots und der Wertschöpfungsaktivitäten der Schwerpunkt nicht nur auf einer der vier Dimensionen liegen darf, sondern alle vier Dimensionen für die Wertschöpfung zu berücksichtigen sind.

Zudem eröffnet ITIL 4 als ganzheitlicher und wertorientierter Ansatz für das Service-Management, den Blick nach außen auf die Kunden zu richten und näher darauf einzugehen, wer von ihnen welchen Mehrwert von dem, was von der IT-Organisation bereitgestellt werden kann, erwartet.

Wie passt der neue Practice-Begriff aus ITIL 4 zu dieser kundenzentrischen Sicht, also auf die Bürger und die Wirtschaft?

Ebel: Practices sind in ITIL 4 eine Komponente des Service-Wertsystems. Sie stellen Fertigkeiten einer Organisation dar, also die Ressourcen, die einzusetzen sind, um bestimmte Arbeiten auszuführen und so die gesetzten Ziele zu erreichen. Diese Ressourcen werden nach dem Vier-Dimensionen-Modell geprägt. Practices in ITIL 4 sind somit deutlich mehr als nur Prozesse, die aus der IT-Organisation heraus zu erbringen sind. Das heißt aber auch: Ohne gut geschulte Mitarbeiter läuft nichts, ebenso wenig ohne kompetente externe Unterstützung und Partner. So sind an die Stelle von 26 Prozessen mit ITIL 4 34 Management Practices gerückt, die auch allgemeine Managementthemen enthalten.

Die Herausbildung von Service-Wertschöpfungsketten ist, wie Sie selbst beschreiben, nicht

nur ein technisches Unterfangen. Sprechen nicht insbesondere die organisatorischen und personellen Voraussetzungen in der Öffentlichen Verwaltung eher für eine langsame digitale Transformation mit den Mitteln von ITIL 4?

Ebel: Organisationen und Fachpersonal in der Öffentlichen Verwaltung, aber auch die IT mit ihrem Personal, unterliegen besonderen Einflüssen. Zu nennen sind hier das regulatorische Umfeld durch Gesetze und Verordnungen, ein Haushalt teils noch in Kamealistik, die Dynamik des Leistungs-Portfolios in puncto eGovernment bis hin zur Steuerung des Gesamtgebildes. Hinzu kommt der meist hierarchische Aufbau der Organisationsstrukturen. Dies alles beeinflusst die Organisationskultur in den Behörden.

Ich gebe Ihnen recht, dass die anstehenden Veränderungen für die Behörden eine organisatorische Herausforderung darstellen. Allerdings unterstützen Vorgaben wie des eGovG und des OZG die Digitalisierung in den Behörden. Darüber kann die Öffentliche Verwaltung ihre Produkte und Leistungen zunehmend optimieren. Aufbauorganisatorische Aspekte rücken hingegen immer mehr in den Hintergrund. Stattdessen wird die Zusammenarbeit innerhalb der Organisation und der Ablauf von Prozessen, auch über die Grenzen der eigenen Organisationseinheit hinweg, für Behörden immer wichtiger werden. Der Aufbruch mit ITIL 4 als Best-Practice-Sammlung setzt aber auch beim Personal, ebenso beim Management in der Öffentlichen Verwaltung, einen mentalen Veränderungsprozess voraus.

Sehen Sie aktuell die notwendige Bereitschaft in der Öffentlichen Verwaltung, bei der Projektierung neue Wege zu gehen, und dazu ITIL 4 zur Planung und Umsetzung heranzuziehen?

Ebel: Auch in der Öffentlichen Verwaltung entwickelt sich das Bewusstsein für IT-Service-Management. Demzufolge wird auch hier ITIL zunehmend zu einem Thema zur Verschlinkung von Verwaltungsprozessen und für agile Vorgehensmodelle. Hinzu kommt der wachsende Modernisierungsdruck, trotz oder gerade wegen steigender IT-Komplexität und stagnierender Budgets den internen Wandel aufgrund höherer Online-Anforderungen von Bürgern und Wirtschaft voranzutreiben und in den Griff zu bekommen.

Das Interview führte Hadi Stiel

Die Gesprächspartnerin

Nadin Ebel ist als Projektleiterin und Beraterin bei Materna tätig. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen u.a. zu den Themen ITIL, ISO-20000-Zertifizierung, Roll-out-Management, IT-Infrastruktur, Managed Services und Sicherheit. Dazu zählen Betrieb, Beratung und Projektleitung im In- und Ausland. Neben ihrer freiberuflichen Tätigkeit als Lehrbeauftragte und Dozentin ist Nadin Ebel Autorin mehrerer Publikationen.

[www.materna.de]





WhatsApp, Schatten-IT, DSGVO

Ein Verbot bringt so gut wie gar nichts

Wie können Behörden ihre **mobile Kommunikation absichern**? Sascha Wellershoff, Vorstand der Virtual Solution AG, spricht sich im Interview für die Container-Technologie aus.

Wie können Behörden sicher verschlüsselt telefonieren?

Wellershoff: Der klassische Ansatz, eine isolierte Infrastruktur mit hardwareseitig abgesicherten Handys, ist aufwendig, teuer und kompliziert. Zudem ist die Sprachqualität nicht besonders hoch. Handelsübliche Smartphones, die natürlich auch in Behörden verbreitet sind, lassen sich nicht einbinden. Damit müssen Mitarbeiter oft zwei Geräte benutzen: Eines für die sichere Geschäftskommunikation und eines für die private Kommunikation. Diese Zeiten sind passé: Mit fortschrittlicher Container-Technologie ist es heute möglich, sichere und verschlüsselte Gespräche von einem beliebigen Smartphone aus zu führen – und zwar parallel zu unverschlüsselten Telefonaten. Die Notwendigkeit, zwei Geräte mit sich herumzuschleppen, entfällt.

Haben die Diensttelefone ausgedient?

Wellershoff: Nein, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat etwa der Lösung SecurePIM von Virtual Solution, die sichere Telefonie beinhaltet, eine Freigabeempfehlung bis zum Geheimhaltungsgrad VS-NfD (Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch) für den Einsatz in Behörden erteilt. Strengere Geheimhaltungsstufen sind VS-VERTRAULICH, GEHEIM und STRENG GEHEIM – hier werden die klassisch abgesicherten Diensttelefone und die zugrundeliegende spezielle Infrastruktur nach wie vor benötigt.

Wie sieht es mit Messengern aus: Wie schätzen Sie die Nutzung von WhatsApp durch Mitarbeiter ein?

Wellershoff: Aus rechtlicher Sicht ist WhatsApp äußerst problematisch: Die App liest die Adressbücher der Mitarbeiter inklusive eMail-Kontakten und Telefonnummern von Kollegen, Kunden und Partnern aus und gibt die Daten an die Konzernmutter Facebook weiter. Darüber hinaus erfasst WhatsApp auch Metadaten, etwa GPS-Daten, Absturzberichte und Nutzerverhalten. WhatsApp ist aber so weit verbreitet und so bequem in der Bedienung, dass die App auch für interne und externe Kommunikation genutzt wird. Insbesondere auch in Behörden und großen Unternehmen.

Wie hoch ist in diesem Zusammenhang die Gefahr durch Schatten-IT?

Wellershoff: Mit WhatsApp, aber auch anderen Apps wie Evernote oder Dropbox, die entweder auf privatem oder Firmen-Gerät genutzt werden, ist fast überall eine Schatten-IT entstanden. Weil sie dagegen wenig machen können, haben viele Unternehmen und Behörden bereits resigniert und dulden die Anwendung solcher Apps. Und damit auch die Nutzung privater Geräte für die Geschäftskom-



munikation – trotz aller Verbote und Vorschriften. Solche unkontrollierten Systeme stellen Behörden und Unternehmen vor rechtliche Herausforderungen, denn die Einhaltung von Bestimmungen zum Datenschutz, zum Urheberrechtsschutz oder zu Aufbewahrungspflichten ist in keiner Weise sichergestellt. Darüber hinaus stellen sie eine ständige Gefahr für die IT-Sicherheit dar, weil Angreifer über unzureichend gesicherte mobile Anwendungen und private Geräte viel leichter in die internen Netzwerke eindringen können.

Wie weit sind die deutschen Behörden, was Mobile Device Management oder Container-Lösungen angeht?

Wellershoff: Container-Lösungen sind in Bundesbehörden bisher noch nicht sehr weit verbreitet. Wir erkennen aber gerade bei Kommunen, Ländern und öffentlichen Unternehmen einen positiven Trend zur Container-Technologie. Die Einhaltung der DSGVO wird sehr ernst genommen und Bring-Your-Own-Device wird für die Mitarbeiter-Motivation immer wichtiger. Der Sicherheitsaspekt, die schnelle und einfache Implementierung sowie die hohe Nutzerakzeptanz sind wichtige Argumente für die Container-Technologie. Außerdem sprechen uns immer öfter Behörden an, die mit ihrer MDM-Lösung unzufrieden sind und Alternativen testen wollen.

Container

Container sind eine Virtualisierungstechnik, die Anwendungen inklusive ihrer Laufzeitumgebungen voneinander trennt. Im Gegensatz zu einer virtuellen Maschine beinhalten Container kein eigenes Betriebssystem und brauchen dadurch weniger Speicher und CPU-Leistung. Lediglich die Anwendungen mit den zugehörigen kompletten Dateisystemen sind virtualisiert und voneinander getrennt.

Welches – erschwingliche – Sicherheitskonzept würden Sie einer kommunalen Behörde empfehlen?

Wellershoff: Wir plädieren auf jeden Fall für eine Container-Lösung, weil sie zahlreiche Vorteile bietet. Erstens ermöglicht sie die Nutzung sicherer Apps wie eMail, Kontakte und Kalender, sie kann aber auch einen sicheren Messenger und sichere Telefonie enthalten. Die Container-Lösung erlaubt die Nutzung auf einem beliebigen, auch privaten Smartphone. Private und Geschäftsdaten sind so vollständig und DSGVO-konform voneinander getrennt. Mitarbeiter können also Apps nach Lust und Laune herunterladen und benutzen – auch WhatsApp. Die Integrität und die Sicherheit der Geschäftsdaten sind jederzeit gewährleistet. Die Implementierung einer Container-Lösung ist reibungslos, MDM-Systeme sind dafür nicht notwendig. Für eine effiziente Administration sollte allerdings eine Management-Software enthalten sein: damit werden zum Beispiel Benutzer angelegt, Sicherheitsregeln definiert, und Daten können sogar remote gelöscht werden.

Das Interview führte
Susanne Ehneß

Der Gesprächspartner

Sascha Wellershoff, Vorstand der Virtual Solution AG

[www.virtual-solution.com]

LIVE | 31. MÄRZ | 10.00 UHR

DIGITALE SOUVERÄNITÄT IM ZEITALTER DER CLOUD

Webcast mit VMware



André Schulz
Strategic Account Executive
VMware

SPEAKER



Klaus Wrobel
Cloud Management Business Leader
VMware

SPEAKER

Der Druck, die Digitalisierung immer mehr in die Cloud zu verlagern, wächst für die öffentliche Verwaltung stark an – mit der Befürchtung, auf Dauer die „Digitale Souveränität“ zu verlieren.

Zugleich erwarten die Bürger mehr denn je eine freundliche und leistungsfähige Verwaltung, die sie online erreichen können. Doch was ist die richtige Strategie und der beste Weg, dieses Spannungsfeld aufzulösen? Auf diese Frage gibt dieser eGovernment Computing Live-Cast Antworten und Lösungsmöglichkeiten.

In den Fokus rückt dabei die Art der Softwareentwicklung und der Betrieb der Anwendungen mit der darunterliegenden Infrastruktur. Denn letztlich dreht sich erfolgreiche Digitalisierung um Änderung der bewährten Prozesse und Modernisierung der Anwendungen und Verfahren. Der richtige „Schieberegler zwischen On-Premise und Cloud“ wird dabei der entscheidende Erfolgsfaktor. Welche Leitlinie hier zu berücksichtigen sind, wird in diesem eGovernment Computing Live-Cast vermittelt.

vmware®



Jetzt anmelden unter

<http://bit.ly/LD-310320>



Manfred Klein,
Chefredakteur eGovernment Computing

Konferenz-Hotline:
0821 2177-174

Apps auf Rezept

DVG und MDR sind aufwendig, aber nötig

Das Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) und die Medical Device Regulation (MDR) bestimmen die Aufnahme von Medizintechnik und -software in die **Regelversorgung**. Wie ist der Status quo für App-Entwickler?

Das Berliner Start-up Newsenselab, das mit „Msense“ eine App zur gezielten Bekämpfung von Kopfschmerzen und Migräne entwickelt hat, müsste eigentlich vom DVG profitieren – hat es doch bereits Marktreife bewiesen, mehr als 250.000 Downloads und ist auch in der Forschung aktiv. In der Realität sieht die Aufnahme in die Regelversorgung aber anders aus. Sowohl das DVG als auch die MDR legen dem Unternehmen Steine in den Weg.

Hürde MDR

„Es stehen schon eine ganze Menge digitaler Lösungen in den Startlöchern, doch viele regulatorische Anforderungen sind bisher noch unklar und zögern somit die sofortige Integration in die Regelversorgung hinaus“, kommentiert Newsenselab-CEO Dr. Florian Koerber und spielt damit auf die „Medical Device Regulation“ (MDR) an. Wer als Medizin-App im DVG gelistet sein möchte, muss nach dieser europäischen Medizinprodukte-Verordnung zertifiziert sein. Zwar ist es auch möglich, mit einer Zertifizierung nach der älteren „Medical Device Directive“ (MDD) im Rahmen des DVG erstattet zu werden – allerdings mussten die Hersteller bis vor kurzem damit rechnen, dass sie ihr Medizinprodukt vom Markt nehmen müssen,

wenn die neue Richtlinie in Kraft tritt: Was mit dem MDD zunächst als eine Empfehlung formuliert war und in jedem europäischen Land unterschiedlich umgesetzt wurde, wird ab dem 26. Mai europaweit geltendes Gesetz – und da-

sogar III. „Dass Medizinprodukte künftig einer strengeren Kontrolle unterliegen und höhere regulatorische Anforderungen zu erfüllen haben, ist erstmal sehr zu begrüßen“, findet Dr. Florian Koerber. „Allerdings wurde der Wechsel von



Gesundheits-Apps können vom Arzt verschrieben werden

mit zur Pflicht. Zudem wurden viele Bestimmungen des MDD im Rahmen der MDR geändert. Viele digitale Gesundheitsanwendungen (DiGAs), die bisher als Medizinprodukt der Klasse I noch geringeren regulatorischen Anforderungen genügen mussten, werden mit Eintritt der MDR ein Medizinprodukt der Klasse IIa, IIb oder

MDD zu MDR nicht ausreichend vorbereitet.“ Nicht nur die Hersteller hätten mit deutlichem Mehraufwand zu rechnen – auch die Zertifizierungsstellen, die nun sehr viele Medizinprodukte auf einmal nach der neuen Regelung als Klasse IIa oder höher zertifizieren müssten, stünden vor einer großen Herausfor-

derung: Zum einen gebe es zu wenige Zertifizierungsstellen, zum anderen suchten diese händelnd nach ausreichend qualifiziertem Personal, um der Flut an Zertifizierungsverfahren gerecht zu werden.

Übergangsfrist

Vor allem aus diesem Grund wurde im Dezember 2019 eine Übergangsfrist von weiteren vier Jahren für alle Medizinprodukte, die jetzt Klasse I sind, beschlossen. „Dieser Engpass hat sich schon seit längerem abgezeichnet – bereits vor über einem Jahr haben wir aktiv nach der Benennung weiterer Stellen gefragt“, erinnert sich Dr. Koerber. Dass die Übergangsfrist nun die Lösung aller Probleme ist, glaubt Dr. Körber nicht. „Leider ist es nicht ganz so einfach. Ab dem 26. Mai können wir keine wesentlichen Veränderungen mehr an dem Produkt vornehmen, bis wir nicht nach MDR zertifiziert wurden, sodass wir jetzt genau überlegen müssen, welche Funktionen wir noch integrieren wollen.“ Das sei gerade für Apps eine bedeutende Einschränkung, da das Produkt nun nicht mehr so flexibel an individuelle Bedürfnisse angepasst werden könne. Details dazu seien aber bislang nicht bekannt. „In den letzten Monaten wurden immer wieder neue Dokumente veröffentlicht, die unsere bisherige Strategie umgeworfen haben oder neue Anforderungen hinzugefügt haben“, erläutert Dr. Koerber. Gerade für Start-ups sei dies eine Mammutaufgabe.

Hürde DVG

Auch das DVG stellt Anforderungen. Vor allem das Thema Evidenz – also der Nachweis der Wirksamkeit der DiGA – sorgt neben dem Leistungsanspruch für Klärungsbedarf. Dr. Koerber: „Ähnlich wie bei der MDR sind auch hier viele Bedingungen aktuell noch unklar. Mehr Klarheit, wie genau die Studien, welche die Wirksamkeit der

DiGAs nachweisen, aussehen sollen, gibt es voraussichtlich erst Ende Februar 2020.“ Viele Anbieter digitaler Anwendungen hätten bereits mehrere klinische Studien erfolgreich abgeschlossen oder befänden sich mit-tendrin. „Je nach Beschlusslage des Gesetzgebers können Ergebnisse dieser Studien bereits als Nachweis der Wirksamkeit verwendet werden“, meint Dr. Koerber. Wahrscheinlicher sei jedoch, dass viele Start-ups neue oder noch weitere Studien beginnen müssten. „Von der Vorbereitung über die Durchführung bis zur Ergebnisauswertung ist es ein langer Weg. Eine wichtige Entscheidung ist, welche positiven Versorgungseffekte eine Anwendung bringen soll. Dazu müssen klinische Studien betrieben werden, die einen nicht zu unterschätzenden Zeitaufwand verursachen“, gibt Dr. Koerber zu bedenken. Einen so regulierten Bereich wie das Gesundheitswesen zu digitalisieren ist aufwendig. Aber der Aufwand lohnt sich. „Wenn die Umsetzung des DVG in den nächsten Monaten gelingt, ist das ein Erfolg, den alle feiern können – der Gesetzgeber, Start-ups und andere Hersteller digitaler Gesundheitsanwendungen, die behandelnden ÄrztInnen, PsychologInnen und PsychotherapeutInnen und vor allem die PatientInnen“, meint Dr. Koerber.

su

DVG
Das „Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation, Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG)“ ist hier einsehbar:
[bit.ly/DV-Gesetz]
DiGAV
Den Referentenentwurf „Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung (DiGAV)“ gibt es hier als PDF:
[bit.ly/DiGAV]
MDR
Die „Medical Device Regulation (MDR), Medizinprodukteverordnung“ gibt es online hier:
[bit.ly/MD-Regulation]

Projekt INGE entwickelt Plattform für Pflegedienste

Digitaler Assistent soll ambulante Pflege verbessern

In der ambulanten Pflege werden Informationen zum Pflegeverlauf oft nur auf Papier dokumentiert. Dadurch wird der Informationsaustausch zwischen einzelnen Anbietern erschwert, und eine individuelle, produktive **Pflegeplanung** ist fast unmöglich. Deshalb soll im Projekt „INGE integrate4care“ eine digitale Serviceplattform entwickelt werden, die eine sektorübergreifende Versorgung ermöglicht.

Im Projekt INGE soll bis Ende 2022 eine neue Plattform für Pflegedienste entstehen, deren Kernstück ein digitaler Assistent für die ambulante Pflegeberatung ist. „Mit dem Assistenten können Pflegekräfte die Pflegesituation struk-

turiert erfassen und geeignete Hilfeleistungen ermitteln. Dabei können wissenschaftlich anerkannte Assessments wie das Neue Begutachtungsassessment (NBA) aber auch individuelle Fragebögen zum Einsatz kommen“, erklärt die

Bochumer smart-Q Softwaresysteme GmbH, die für die Entwicklung des digitalen Assistenten verantwortlich ist. „Das Ergebnis der Beratung ist eine Pflegeplanung, die in Form eines elektronischen Pflegeberichts an-

deren Mitversorgenden, etwa Angehörigen oder Hausärzten, zur Verfügung gestellt werden kann. Über eine Schnittstelle kann der elektronische Pflegebericht auch direkt in Krankenhausinformationssysteme (KIS) und Praxisverwaltungssysteme (PVS) übertragen werden“, so der Software-Entwickler weiter. Das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik, ein weiterer Projektpartner, will ein selbstlernendes Frühwarnsystem zur Verfügung stellen. Der Algorithmus soll Trends in der Pflegedokumentation erkennen und so darauf aufbauend frühzeitig Prä-

ventivmaßnahmen vorschlagen. „Bevor die Arbeit an der Plattform beginnt, sind zunächst mehrere Workshops mit Fokusgruppen vorgesehen. Sie sollen gewährleisten, dass INGE mit einem möglichst hohen praktischen Nutzen konzipiert wird“, heißt es. Der erste Workshop in diesem Jahr findet im März statt.

Hintergrund

Das auf drei Jahre angelegte Projekt „INGE integrate4care“ wird mit rund 1,1 Millionen Euro vom Land Nordrhein-Westfalen sowie aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt. Hinter dem Projekt stehen die Konsortialpartner gewi-Institut für Gesundheitswirtschaft e.V., smart-Q Softwaresysteme GmbH, Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) und der Hauspflegeverein Solingen e.V.

jm

DMEA

Gesundheit digital gestalten

Unter dem Motto „**Think Medical – Act Digital**“ dreht sich bei der DMEA, Europas größter Health-IT-Veranstaltung, drei Tage lang alles um die digitale Gesundheitsversorgung.

In insgesamt fünf Messehallen zeigen mehr als 350 Referenten und 600 Aussteller in praxisbezogener Form, wie die digitale Transformation hochkomplexe Gesundheitssysteme patientenzentriert, ökonomisch und zukunftsfähig macht. Thematische Schwerpunkte werden dabei unter anderem Medizintechnik, IT-Sicherheit und die Digitalisierung pflegerischer Versorgungsprozesse sein. Die zusätzliche Messehalle soll mit den drei Son-



Die DMEA ist auch dieses Jahr wieder der zentrale Treffpunkt für die digitale Gesundheitsversorgung

derflächen „Focus“ den Themen mobile Anwendungen, Patientenakten und Karriere zusätzlichen Raum geben. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wird auch in diesem Jahr die DMEA mit einer Keynote eröffnen. Das Programm ist in die sieben Tracks Digitale Medizin & Pflege, Gesundheitsversorgung, Karriere, Perspektiven, Politik & Regulierung, Technik & Interoperabilität

sowie das Rahmenprogramm unterteilt. Ein Panel mit Schwerpunkt auf dem Digitalisierungsvorreiter Dänemark wird Einblick geben, wie Patientendaten dort schon heute im Versorgungsalltag eingesetzt werden. Wie Gesundheitsdaten erfolgreich in die Entwicklung und Forschung einfließen können, steht in der Session zum Role Model Finnland im Mittelpunkt. **iz**

16. GeoForum MV

Geoinformation als Treibstoff der Zukunft

Verfügbare und künftige Geoinformationen gilt es nachhaltig zu **sichern sowie in ihrer Qualität und Aktualität zu erhalten**, um sie in Bürgerprozessen, Fachverfahren und smarten Umgebungen nutzen zu können.

Wie man dies am besten angeht, will der Verein der Geoinformationswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e.V. im 16. GeoForum MV diskutieren. Auf der Agenda stehen Vorträge zu den GIS-Anwendungen, zur GIS-Technologie, zu Landmanagement und Daseinsvorsorge, zur Sicherheit, zu Geoinformationen als Ressource sowie zu virtuellen Welten. Am 20. April geht es im Detail unter anderem um die Umsetzung der Biotoptypenkartierung mit WebGIS, die räumliche Simulationsanalyse und Visualisierung der Profitabilität von Windenergieanlagen, die Internetplattform Metropolplaner, Embedded GIS, die Nutzung von Geodaten für das Landmanagement sowie das Tool „Daseinsvorsorgeatlas Niedersach-

sen“. Im Themenkomplex Sicherheit kommen die Vernetzung von mobil und stationär gewonnenen Schadstoffwerten bei großflächigen ABC-Gefahrstofffreisetzungen, die automatisierte Kennzahlenermittlung für die Brandschutzbedarfsplanung M-V und das Earth Observation Maritime Surveillance System zur Sprache. Der Tag endet mit einem Get-together im „Teepott“ in Warnemünde. Zu Beginn des zweiten Veranstaltungstages hält Franz-Reinhard Habbel eine Keynote mit dem Titel „Personen und Geo-Daten sind die DNA der Kommunen“. Anschließend stehen die Veränderungen durch die künftige PSI-Richtlinie, Nachnutzungsmöglichkeiten von LVA-Bild- und Laserflügen sowie der Recyclinghof der Zukunft

auf dem Programm. Nach der Kaffeepause geht es technisch weiter mit Open Location Code API (OLCA) und einer datenbasierten Analyse von Geocaching-Aktivitäten. Über virtuelle Touren im Kontext aktueller Mixed Reality-Technologien, einen virtuellen Zwilling für ein dynamisches Lagermanagement in Häfen und Helgoland 3D wird abschließend nach der Mittagspause referiert. **iz**

Termine und Tickets

GeoForumMV
20./21. April

Technologiepark
Warnemünde (TPW)
18119 Rostock-
Warnemünde

Öffnungszeiten:
10 bis 16 Uhr (20.4.) bzw 9.30 bis 16 Uhr (21.4.)

Veranstalter:
GeoMV e.V.

Eintrittspreise:
Tages-/2-Tagesticket: 95/145 Euro (zzgl. MwSt.)
je inkl. Abendveranstaltung am 20.4.

[www.geomv.de/geoforum]

hub.berlin

Die hub.berlin findet unter einem Dach mit dem Big-Data.AI Summit statt und versucht, folgende Fragen zu beantworten: Schadet die Digitalisierung Umwelt und Klima, oder können digitale Technologien vielmehr einen wichtigen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit liefern? Wie können wir in Deutschland und Europa im Zuge der Digitalisierung einseitige Abhängigkeiten verhindern oder reduzieren und unsere digitale Souveränität herstellen? Verändert die Blockchain unser Finanzwesen grundlegend? Und welche konkreten Beispiele gibt es, wie 5G und Künstliche Intelligenz Unternehmen und deren Geschäftsmodelle grundlegend verändern?

1./2. April 2020 Station Berlin 10963 Berlin	Teilnahmegebühr : Early Bird: 390 Euro (zzgl. MwSt.) Standard-Ticket: 750 Euro (zzgl. MwSt.)
---	--

www.hub.berlin

Form-Solutions eGovForum

Form-Solutions ist ein eGovernment-Framework-Anbieter. Genau 20 Jahre nach der Firmengründung im Jahr 2000 präsentieren der Hersteller und seine Schnittstellenpartner alles Wissenswerte rund um die Themen eGovernment, OZG und die fortschreitende Digitalisierung von Behörden. Neben den Referenten informieren die FormSolutions-Partner im Rahmen einer Hausmesse über Schnittstellenlösungen. Praktiker bekommen am zweiten Tag in Schulungsworkshops Tipps & Tricks für den einfachen Bau von eGovernment-Applikationen.

1./2. April 2020 Durlacher Allee 56 76131 Karlsruhe	Teilnahmegebühr: 1 Tag: 65 Euro (zzgl. MwSt.) 2 Tage: 89 Euro (zzgl. MwSt.)
--	---

www.form-solutions.de/de/egovforum.html

Zukunft Personal Nord

Recruiting & Attraction, Operations & Services, Corporate Health, Learning & Training und Future of Work sind die Hauptthemen der Zukunft Personal Nord 2020. Darüber hinaus bietet die Veranstaltung erstmals in einem zusätzlichen Sonderprogramm Lösungen für die speziellen Herausforderungen der Logistikbranche, denn der demographische Wandel und die digitale Transformation stellen auch diese vor enorme Herausforderungen: Wie können Nachwuchskräfte begeistert werden, wie lassen sich die durch die Digitalisierung veränderten Qualifikationsanforderungen bestmöglich umsetzen? Über das Sonderprogramm hinaus bilden mehr als 270 Aussteller mit ihren Lösungen die gesamte Bandbreite des HR-Managements ab. Das Rahmenprogramm bietet Wissens- und Praxistransfer.



21./22. April 2020 Hamburg Messe und Congress 20357 Hamburg	Teilnahmegebühr: Tages-/Dauerticket (online): 50/65 Euro (inkl. MwSt.) Vor-Ort-Ticket: 65/85 Euro (inkl. MwSt.)
--	--

www.nord.zukunft-personal.com

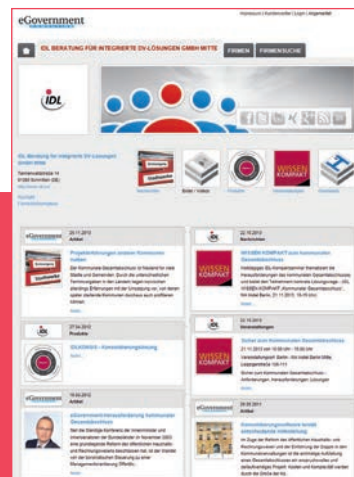


Online finden Sie eine aktuelle Übersicht über wichtige Veranstaltungen unter:
www.egovernment-computing.de/datenbanken/termine

eGovernment

COMPUTING

Lösungspartner



www.egovernment-computing.de/datenbanken/firmen/

CONSULTING



Schütze AG
Ansprechpartner:
Martin Rebs
Knesebeckstraße 1
10623 Berlin
Tel. 030/31 80 509-00
rebs@schuetze.ag
www.schuetze.ag

Unsere Stärke liegt in der Lösung komplexer Aufgabenstellungen für unsere Kunden. Seit über 20 Jahren realisieren wir erfolgreich große IT-Projekte in der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft. Neben der Beratung, der Entwicklung und dem Betrieb sind die fachlichen Schwerpunkte ■ **Digitalisierung**, ■ **eHealth**, ■ **Finanzen / ePayment**, ■ **eGovernment**, ■ **eRechnung**.

DMS, WORKFLOW UND ARCHIV



Ein Unternehmen der d.velop AG

Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.

codia Software GmbH
Sprechen Sie uns an!

Edisonstraße 2
49716 Meppen
Tel. 05931/9398-0
Fax 05931/9398-25
info@codia.de
www.codia.de



Mit der Lösungsplattform VIS-Suite zählt die PDV-Systeme GmbH zu den renommiertesten E-Akte-Anbietern in Deutschland. Die mit dem E-Akte-Platin-Award 2016, 2017 und 2018 ausgezeichnete Produktfamilie hält Module gemäß dem Organisationskonzept E-Verwaltung bereit und ist in Bundesbehörden, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie im kirchlichen Umfeld, in der Polizei und in der Justiz erfolgreich im Einsatz. Das standardbasierte System erlaubt eine schnelle und allen voran wirtschaftliche Umsetzung der E-Verwaltung.

PDV GmbH
Haarbergstraße 73
99097 Erfurt
Tel. +49 361 4407 100
Fax. +49 361 4407 299
info@pdv.de



Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der DZ-Kommunalmaster. Auch XRechnungen werden digital angenommen und automatisiert verarbeitet.

WMD Group GmbH
Ansprechpartner:
Torge Link
Hamburger Str. 12
22926 Ahrensburg
Tel. 04102/883825
Fax 04102/883812
info@wmd.de
www.wmd.de

E-GOVERNMENT & DIGITALISIERUNG



Amazon Web Services (AWS) ist Pionier und Innovationstreiber im Bereich Cloud Computing und wird weltweit von Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen eingesetzt. Kunden und Partner nutzen AWS als günstige, skalierbare, flexible und sichere Plattform, um Kosten zu senken, die Effizienz zu steigern und innovative IT-Lösungen zu realisieren. **Erfahren Sie, wie AWS Ihre Digitalisierungsprojekte beschleunigen kann!**

Amazon Web Services – AWS
Ansprechpartner:
Joachim Pyschik
Westhafenplatz 1
60327 Frankfurt
Tel. 0151-12 52 72 71
pyschikj@amazon.de
https://aws.amazon.com/de/government-education/



eGovernment stellt höchste Ansprüche an den Datenschutz. Die Public Cloud ist hier nur das Vorbild, nicht die Lösung für die Digitalisierungsprojekte von Bund, Ländern und Gemeinden. Nach diesem Vorbild bringt Nutanix die Cloud und alle ihre Vorteile wie Einfachheit, Skalierbarkeit und Performance in die Rechenzentren von Ministerien und Behörden.

Nutanix Germany GmbH.
Ansprechpartner:
Frank Gramüller
Sales Manager Public Sector, CE
Mies-van-der-Rohe-Str. 6
80807 München
Tel. 089/255 52 898
contact-de@nutanix.com
www.nutanix.de

ECM & DMS



Seit über 25 Jahren ermöglicht die CeyonIQ Technology GmbH als Spezialist für Enterprise Content Management Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch passgenaue digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. Das Produkt nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.

CeyonIQ Technology GmbH
Ansprechpartner:
Alexander Dörner
Boulevard 9
33613 Bielefeld
Tel. 0521/9318-1000
Fax 0521/9318-1111
egov@ceyoniq.com
www.ceyoniq.com

ELEKTRONISCHE VERWALTUNGSARBEIT



Fabasoft ist als Produktanbieter und bei der erfolgreichen Umsetzung der Partner für die öffentliche Verwaltung. Nahezu drei Jahrzehnte Erfahrung in Sachen E-Government-Lösungen machen die Fabasoft eGov-Suite zu einem führenden Produkt im deutschsprachigen Raum. Flexible Nutzungsformen und die Integration in den Standardarbeitsplatz sorgen für hohe Anwenderzufriedenheit. Die Fabasoft eGov-Suite unterstützt alle Module des Konzepts E-Verwaltungsarbeit.

Fabasoft Deutschland GmbH
THE SQAIRE 13,
Am Flughafen
60549 Frankfurt/Main
Tel: +49 69 6435515-0
Fax: +49 69 6435515-99
egov@fabasoft.com
www.fabasoft.com



Die Firma SmartDocuments ist seit 25 Jahren spezialisiert auf zentrale Vorlagenverwaltung und dynamische Dokumentengenerierung/-automation. Unsere Smarte Lösung erstellt, verwaltet und archiviert (teil-)automatisiert interne & externe Dokumente mit den aktuellsten Daten, Inhalten, Unternehmensstandards und Corporate Design.

SmartDocuments Deutschland GmbH
Ansprechpartner:
Christian Mettner
Eulenweg 3,
53129 Bonn
Tel. 0228/37728808
cme@smartdocuments.de
www.smartdocuments.de

E-PAYMENT



20,5 Millionen Kunden in Deutschland vertrauen bereits auf PayPal, denn sie bezahlen weltweit einfach, sicher und schnell. Bieten auch Sie Ihren Bürgern ein neues Maß an Service und entlasten Sie Ihre Mitarbeiter. Mit PayPal können Dienstleistungen im Verwaltungsbereich online, mobil und rund um die Uhr bezahlt werden.

PayPal Deutschland GmbH
Ansprechpartner: PayPal E-Government-Team
Marktplatz 1
14532 Kleinmachnow
verwaltung@paypal.com
www.paypal.de/verwaltung

ITIL & SERVICE MANAGEMENT



Die c.a.p.e. IT GmbH ist Spezialist für Geschäftsprozesse im IT-Service und der Instandhaltung. Wir sind Hersteller von KIX Professional, der Open Source-Software für Instandhaltungsmanagement & ITSM. Unsere ITIL-zertifizierten Mitarbeiter besitzen über 10 Jahre Projekterfahrung und unterstützen bei Implementierung und Anpassung sowie mit Service & Support.

c.a.p.e. IT GmbH
Schönherrstraße 8
09113 Chemnitz
Tel. 0371 270956-20
Fax 0371 270956-25
info@cape-it.de
www.cape-it.de
www.kixdesk.com

IT-SICHERHEITSTECHNOLOGIE



procilon – Technologie für Informationssicherheit und Datenschutz

Der Name procilon steht seit mehr als 15 Jahren für sichere Softwaretechnologie in der öffentlichen Verwaltung. Heute nutzen mehr als 600 Kommunen, Landes- und Bundesbehörden procilon-Software und strategische Beratungsleistungen für sicheres E-Government

procilon IT-Solutions GmbH

Ansprechpartner:
Falk Gärtner
Leipziger Straße 110
04425 Taucha
Tel. +49 34298 4878 31
Fax +49 34298 4878 11
anfrage@procilon.de
www.procilon.de

KOMPLETT-DIENSTLEISTER



Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB bietet Entwicklung, Pflege und Vertrieb qualifizierter Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung. Zur Angebotspalette gehören im BSI-zertifizierten Rechenzentrum gehostete Fachverfahren für das Finanz-, Personal-, Verkehrs-, Sozial- und Grundstückswesen. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit modernste und reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.

AKDB

Hansastraße 12-16,
80686 München
Tel. 089/5903-1533
Fax 089/5903-1845
presse@akdb.de
www.akdb.de



Die Governikus KG ist ein führender Anbieter von IT-Lösungen für den gesamten Zyklus elektronischer Kommunikation von der Authentisierung über den sicheren Datentransport bis hin zur Beweissicherung elektronischer Daten. Gesetzeskonformität, Sicherheit und Innovation stehen für das in Deutschland und EU agierende Unternehmen im Vordergrund.

Governikus KG

Ansprechpartner:
Stefan Rauner
Hochschulring 4
28359 Bremen
Tel. 0421/20495-0
Fax 0421/20495-11
kontakt@governikus.de
www.governikus.de



Die DATEV eG unterstützt Kommunen, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe, Kurverwaltungen, Kirchen, Kammern sowie weitere öffentliche Einrichtungen mit Lösungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf die jeweiligen Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem.

DATEV eG

Ansprechpartner:
Alexander Mathiowetz
Paumgartnerstraße 6 -14
90329 Nürnberg
Tel. +49 800 011-4348
public-sector@datev.de
www.datev.de/public-sector



Mit innovativen Lösungen, praxisorientierter Qualifizierung und hoher Beratungskompetenz ist PROSOZ Herten seit drei Jahrzehnten das führenden Software- und Beratungshaus für kommunale Verwaltungen. Als Vordenker für die Digitalisierung in den Kommunen stehen wir Ihnen als strategischer Partner zur Seite.

PROSOZ Herten GmbH

Ansprechpartnerin:
Andrea Forst
Ewaldstraße 261
45699 Herten
Tel. 02366/188-419
Fax 02366/188-111
a.forst@prosoz.de
www.prosoz.de

Interessiert?

Hier können Sie sich in die Liste der Lösungspartner eintragen lassen:

Tel. 0821/2177-212 oder -182

Spezial – Verlagssonderveröffentlichung

eGovernment

COMPUTING

Cloud & IT-Infrastruktur

Infrastructure as a Service

Cloud Management

Hosting

Private
Cloud

Hybrid
Cloud

RZ-Dienste

Network Management

Cloud
Security

GAIA-X

Data
Recovery

Bürgerservice aus der Cloud

Cloud Storage

Expertise und Support

XRechnung kommt nicht in Schwung

Das Thema XRechnung kommt in der aktuellen Form aus mehreren Gründen nicht richtig in Schwung. Zudem birgt das Thema für die öffentlichen Stellen eine **vielfach übersehene Gefahr**.

Abgesehen von vielfach (trotz EU Deadline am 18. April 2020) ausstehenden Durchführungsverordnungen, führt die Hoheit der Bundesländer zu einer nahezu unüberschaubaren Heterogenität bei den Verordnungen, Vorschriften und Umsetzungsanforderungen: In manchen Ländern besteht eine Pflicht für Lieferanten, in anderen nicht. Die akzeptierten Formate können von Land zu Land unterschiedlich sein. Teils ist Papier noch zugelassen, woanders PDF oder beide oder keines von beiden. Welcher Lieferant, der in mehrere Bundesländer liefert, soll da noch durchblicken? Bis heute existiert noch nicht mal eine aktuelle verbindliche und allgemein verfügbare Zusammenstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der E-Rechnung für alle 16 Bundesländer. Zum anderen zwingt die Vielzahl unterschiedlicher Formate

(XRechnung, ZUGFeRD und PEPOL) zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Standards und Übertragungs-/Empfangsmethoden, die von einer Verwaltung in der vollständige Breite i. d. R. nicht

oder nur mit einem erheblichen Aufwand geleistet werden kann. Die gewählte Alternative ist meist die Beschränkung auf einen präferierten Standard, der verbindlich vorgeschrieben wird. Dadurch



wird die Unübersichtlichkeit für die Lieferanten, welches Format wo, wie, wohin geliefert werden muss, aber noch größer.

Ausschreibungen

Die Verpflichtung, das jeweils geforderte bzw. zulässige Format bereits anzuliefern, ist also kaum zumutbar. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich der Kreis der Anbieter bei Ausschreibungen reduziert. Bei guter Auftragslage wird auf die Abgabe eines Angebots immer dann verzichtet werden, wenn das Thema Rechnungstellung einen zusätzlichen Aufwand erfordert. Gerade im handwerklichen Bereich werden aber bereits heute kaum mehr genügend Bieter gefunden.

Auswirkungen auf Investitionsstau und Angebotspreise sind bereits spürbar. Bei einer zusätzlichen Einschränkung des Bieterkreises sind also künftig weiter steigende Preise zu erwarten.

Aus diesem Grund wären die öffentlichen Stellen gut beraten, die Verantwortung selbst zu übernehmen und mit Hilfe von Dienstleistern ein formatunabhängiges Einreichen der Rechnungen zu ermöglichen. Serviceprovider, die für dieses Problem erprobte Lösungen bereitstellen können, gibt es ausreichend. Verwunderlich ist daher, dass viele Verwaltungen immer noch auf Eigenlösungen oder eingeschränkte Funktionen der ERP-Anbieter setzen. Sobald später erkannt wird, dass Outsourcing die

bessere Wahl gewesen wäre, sind jede Menge Ressourcen vergeudet worden.

Es wäre jetzt eine gute Gelegenheit, mit gutem Beispiel voranzugehen und mit einer Entscheidung für zukunftsfähige Lösungen endlich Schwung in die vom Ansatz her großartige Sache zu bringen.

Lösung

FLOW von TIE Kinetix bietet Module, die Ihr Unternehmen beim Versand von Rechnungen unterstützen. Ob mit PEPPOL oder über das E-Rechnungsportal: TIE Kinetix bietet mit seinem hochqualifizierten und globalen Team Expertise, Support und Lösungen an, um Geschäftsvorgänge mit all ihren Kunden und Partnern 100% elektronisch abzuwickeln.

Unabhängig davon, ob es sich um Regierungsbehörden oder Wirtschaftsunternehmen handelt. Als Innovator in der Branche sorgt TIE Kinetix ständig dafür, dass die neuesten E-Rechnungsstandards implementiert sind.

Weitere Informationen ...

... gibt es unter:

[www.tiekinetix.com/erechnung]

Cloud-Modelle, On Premises Software und hybride Lösungen

Sinnvolle IT-Infrastruktur im Behördenumfeld

Die Digitalisierung in Deutschland ist in vollem Gange. Immer mehr Wirtschaftsunternehmen streben in die **Cloud**. Behörden zählen zu den wenigen großen Arbeitgebern, die dem Thema keine hohe Priorität einräumen (müssen). Gründe hierfür sind datenschutzrechtliche Aspekte und der geringe Mobilitätsbedarf der Mitarbeiter.

Einer Modernisierung stehen nicht selten auch veraltete Software-Bestände im Wege. Die Migration hin zu einer cloudbasierten IT-Infrastruktur wäre schlicht und ergreifend zu teuer. Für manche Gemeinde, Stadtverwaltung oder Behörde ist die Cloud jedoch notwendig und wünschenswert. Ihnen rät der Microsoft Partner Vendorssoft zu einem Mix aus 365-Lösungen und On-Premises-Lizenzen. Erstere bezuschusst der Software-Experte vom Ammersee. Letztere – also die Kauflizenzen – sind bei Vendorssoft zu Preisen 40 bis 70 Prozent unter ihrem Neupreis erhältlich. Möglich ist dies durch deren Ankauf als gebrauchte Software.

So wird die Cloud für Behörden finanzierbar

Der Weg in die Cloud startet oft nicht mit einer IT-Landschaft auf der grünen Wiese. Laufende Prozesse müssen angepasst, Architekturen verändert und die existierenden Infrastrukturen umgebaut oder migriert werden. Dafür braucht es Budgets. Oder eben hybride Lizenzmodelle, wie das genannte, deren Mix aus gebrauchter On-Premises-Software und Cloud-Produkten die Kosten maximal niedrig hält. „Durch die Kombination von Kauf- und Miet-Software und die Orientierung am tatsächlichen Cloud-Bedarf eröffnen wir Ämtern und Behörden eine kostengünstige Möglichkeit für modernes Ar-



Der Geschäftsführer von Vendorssoft Björn Orth

beiten. Schützenswerte Bereiche und Daten bleiben dabei im eigenen Haus“, erklärt Vendorssoft-Geschäftsführer Björn Orth. Als Silver Microsoft Partner und Adobe Certified Reseller kauft er Lizenzen aus gewerblicher Nutzung und bietet sie auf dem europäischen Gebrauchtsoftware-Markt an. Die Rechtmäßigkeit jeder Transaktion verifizieren Wirtschaftsprüfer und dokumentieren gegenüber dem Zweitkäufer die Legalität der angebotenen Microsoft Büroanwendungen, Betriebssysteme, Server und Zugriffslizenzen.

Alle Vorteile aus einer Hand

Für die Funktionalität einer Software spielt es keine Rolle, ob sie bereits drei, vier oder sechs Jahre im Einsatz war. Für ihren Preis schon. Sie wird mit zunehmendem Alter günstiger, weshalb eine Office-2016-Lizenz, ein Exchange Server 2013 oder ein Windows Server 2012 dauerhaft attraktiv bleiben. Wichtig ist, dass der Support sichergestellt ist. Bei Microsoft erfährt eine Lizenz zehn Jahre lang Updates und Sicherheits-Patches

– egal, wie oft sie den Besitzer wechselt.

Wer bezüglich der unterschiedlichen Support-Endzeiten verunsichert ist oder das richtige Lizenzierungsmodell sucht, den berät die Vendorssoft GmbH umfassend. Als einer der führenden Anbieter gebrauchter Software beliefert sie über 4.500 Firmenkunden und etwa 300 Ämter, Städte und Gemeinden mit Microsoft- und Adobe-Lizenzen. Alle beratenen Mitarbeiter sind durch Microsoft geschulte Lizenzspezialisten.

Fazit

Damit ist eine rechts- und herstellerkonforme Beratung auf aktuellstem Stand gewährleistet. Vendorssoft handelt zudem neue Software sowie die Microsoft Cloud-Produkte. Die Beratung erfolgt somit vor dem Hintergrund, die optimale Lizenzierung für den Kunden zu finden. Das kann die neueste Version einer Software sein, die deutlich günstigere Alternative in Form gebrauchter Lizenzen, die Cloud oder eine hybride Lösung.

Die Autorin

Angelika Mühleck

Weitere Informationen

Öffentlichen Einrichtungen bietet VENDORSOFT bei Neuabschluss eines CSP-Vertrags einen Cloud-Zuschuss

[www.vendorssoft.de/shop/cloud-loesungen]

Vorteile aus beiden Welten

Hybride Cloud-Lösungen für die öffentliche Verwaltung

Wie sich die Vorteile der Public Cloud auch für interne Prozesse wie **Beschaffung** und **Rechnungsbearbeitung** nutzen lassen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsdienstleistungen bis Ende 2022 auch online verfügbar zu machen. Im Zuge dessen, erkennen immer mehr öffentliche Verwaltungen die Vorteile der Cloud auch für die eigene IT-Infrastruktur und die eigenen kaufmännischen Prozesse. Hybride Szenarien, mit dem gleichzeitigen Einsatz von cloud- und inhouse-betriebenen Systemen, sind dabei besonders attraktiv. Sie sind nicht

nur ein Übergangsschritt, sondern eine angestrebte Zielarchitektur. Aus beiden Welten lassen sich so die Vorteile vereinen.

Hybridbetrieb in der Praxis

Am Beispiel der Eingangsrechnungsverarbeitung mit SAP lässt sich ein hybrides Szenario im ERP-Kontext sehr schön beschreiben: Die Eingangspost wird in der Cloud mit Hilfe eines auf Machine



Learning basierenden Regelwerks automatisch sortiert und Klassen zugeordnet, z.B. Auftragsbestätigungen, Verträge (mit Lieferanten)

und Rechnungen. Den Klassen entsprechend werden die Dokumente an die jeweils zuständigen Personen oder Folgesysteme weitergegeben. Rechnungen werden direkt in ein Cloud-Archiv abgelegt und parallel in die Beleglesung zur automatisierten Verarbeitung weitergegeben.

Systemen gewählt werden: wahlweise Cloud oder Inhouse-SAP-System. Die nächsten Bearbeitungsschritte der Rechnung – wie Prüfung, Vervollständigung und Freigabe – laufen im lokalen SAP-System ab. Das abschließende Workflow-Protokoll wird zum bereits anfangs in der Cloud archivierten Rechnungsbeleg im Archiv abgelegt. Dieses Szenario bietet alle Vorteile der Cloud sowie gleichzeitig eine hohe Individualisierbarkeit.

Die Autorin

Dina Haack, Produktmarketing Managerin, xSuite Group GmbH

Weitere Informationen

Mehr über die Umsetzung hybrider Szenarien im ERP-Kontext erfahren Sie im kostenlosen Whitepaper:

[https://news.xsuite.com/hybride-szenarien-wp-egovernment?utm_source=egovernment-computing&utm_medium=advertorial&utm_campaign=cloud.de]

Mehr Clouds für Unternehmen und die Öffentliche Verwaltung

Europäisches Projekt forciert Cloud-Einsatz

Im Januar ist unter Führung des Bremer Instituts für angewandte Systemtechnik ATB das Projekt **SmartCLIDE** gestartet.

Die von der europäischen Kommission geförderte Forschungsarbeit hat das Ziel, den Einsatz von Cloud-Services in Unternehmen und Öffentlichen Verwaltungen zu fördern. Im Idealfall soll eine integrierte Entwicklungsumgebung (Cloud IDE) entstehen, die den Aufbau branchenspezifischer Web-Lösungen beschleunigt, diese automatisiert absichert, in Kundenumgebungen verteilt und Aktualisierungen einfacher macht. Die Ergebnisse sollen dann als Open-

Source-Software veröffentlicht werden. SmartCLIDE steht für „Smart Cloud Integrated Development Environment supporting the full-stack implementation, composition and deployment of data-centered services and applications in the cloud“. In der Projektgruppe arbeiten neun Forschungsinstitute, Softwareunternehmen und Universitäten aus sechs europäischen Ländern zusammen, unter anderem als deutsche Teilnehmer ne-



ben ATB auch Contact Software und die Eclipse Foundation. Sie wollen mithilfe der Security-by-Design-Experten von The Open Group (UK) eine universelle Referenzarchitektur auf Basis von GitHub oder ähnlichen Online-Diensten realisieren. Diese soll am Ende vor allem Werkzeuge für die Klassifikation und kontextbezoge-

ne Konfiguration von Softwarebausteinen, das automatische Testen und Verteilen der Lösungen sowie generische Schnittstellen zu den führenden Cloud-Service-Providern umfassen. Die SmartCLIDE-Lösung baut auf dem Behavior-Driven-Development-Ansatz auf und will Anwender über ein einfach bedienbares User Interface frühzeitig in den Entwicklungsprozess einbeziehen. Zudem gibt es eine Deep Learning Engine, die mittels Runtime Monitoring die Nutzung der Anwendungen analysieren soll. Die KI-Komponente soll Softwareentwicklern künftig helfen, ihre Kundenlösungen passgenau zu gestalten sowie Schwachstellen schnell zu beheben. Die EU-Kommission fördert das Projekt im Rahmen ihres Horizon-2020-Programms, um die digitale Souveränität der europäischen Wirtschaft zu stärken. „Die Cloud ist Motor der Digitalisierung, aber viele Unternehmen zögern noch,

sie zu nutzen“, sagt Stefan Gregorzik, Business Development Manager bei Contact Software. „SmartCLIDE soll es möglich machen, hohe Sicherheitsanforderungen mit einer einfachen Systemintegration und guten User Experience zu verbinden, damit Cloud-Lösungen in der Breite ankommen.“ Die Aufgabe von Contact wird sein, die SmartCLIDE-Entwicklungsumgebung an seiner Elements-Plattform zu erproben, zu bewerten und zu validieren. Die Eclipse Foundation Europe übernimmt die Projektkommunikation in der weltweiten Open Source Community, da die zentralen Komponenten der neuen Cloud IDE unter OSS-Lizenz veröffentlicht werden. So können Softwareentwickler und Fachanwender die späteren Projektergebnisse einsehen, frei nutzen und weiterentwickeln.

Die Autorin

Elke Witmer-Goßner



Speichern Sie Ihre Daten gesetzeskonform und revisionssicher?

Mit der Dell Technologies WORM Appliance erhalten Sie ein schlüsselfertiges Gesamtpaket aus etablierter Hardware von Dell und zertifizierter Archivierungssoftware von Grau Data.

Kontaktieren Sie Ihren Dell Ansprechpartner oder senden Sie uns eine Anfrage über worm.appliance@dell.com

WORM-APPLIANCE

Revisionssichere Langzeitdatenarchivierung skalierbar ab 8 TB, Standardgrößen bis 60 TB



Die Stadt der Zukunft darf nicht zum Risiko werden

Smart heißt nicht automatisch sicher

Mit einer vernetzten, „smarten“ Stadt verbindet man in der Regel viele Vorteile: Weniger Staus dank optimiertem Verkehrsfluss, besserer öffentlicher Nahverkehr, Energieeinsparungen und vieles mehr. Doch solche **Konzepte** werden nicht auf der grünen Wiese entstehen, sondern müssen auf bestehende Infrastrukturen aufgebaut werden. „Wie kann das ohne Beeinträchtigung der Bevölkerung und Einbußen bei der **Sicherheit** gehen?“, fragt Stefan Keller, CTO von Open Systems.

Die Herausforderung, Städte für morgen zu bauen, wird in den nächsten Jahren zunehmend Investitionen und Talente anziehen. Sidewalk Labs, das zur Google-Mutter Alphabet gehört, erhielt bereits grünes Licht für die Schaffung eines eigenen futuristischen Stand-

Orts der Anzahl der zugehörigen Geräte schaffen wir ein riesiges Netzwerk intelligenter Interaktionen, die alle davon abhängig sind, dass sie miteinander kommunizieren können. Da die Welt um uns herum zunehmend vernetzt wird, stehen wir vor einer großen Herausforderung: Wie stellen wir sicher, dass diese neuen Technologien praktisch, effizient und vor allem sicher sind? Durch die Zusammenführung von Daten aus Ampeln und Fahrzeugen, Mülleimern und Kanalsystemen sowie Luftqualitätsmonitoren

und Straßenbeleuchtungen etc. bietet das IoT ein enormes Potenzial zum Verständnis, zur Unterstützung und Steuerung des Stadtbetriebs. Es stellt aber auch eine enorme Beanspruchung für Netzwerke dar. Neben der anfänglichen Aufgabe, Verbindungen zu diesen Mil-

lieus zu gewährleisten, müssen sie auf den richtigen Netzwerken aufgebaut sein. Die Software-definierte Vernetzung in einem Wide Area Network (SD-WAN) bietet enorme Möglichkeiten bis hin zur Neudefinition des gesamten Sicher-

Komplexität reduzieren, Sicherheit erhöhen

heitsökosystems. Für die vernetzte Stadtentwicklung der Zukunft brauchen wir netzwerkzentrierte Ansätze, wie sie SD-WAN automatisch bietet. Mit Hilfe von Netzwerkzonierung kann SD-WAN anfällige IoT-Geräte von anderen kritischen IT-Infrastrukturen isolieren und sicherstellen, dass bei einem Angriff oder Ausfall einer IoT-Lösung das gesamte Netzwerk nicht beeinträchtigt wird. In einem Smart-City-Szenario kann ein defektes Gerät zu kompletten Ausfällen im gesamten Gebiet führen. Die Zen-

tralisierung der Netzwerkkontrolle in einer SD-WAN Plattform schafft auch die Möglichkeit, neue Erkennungstechniken einzuführen, die selbstständig Angriffe abwehren können. Beispielsweise kann ein auf maschinellem Lernen basierter Algorithmus das „normale Verhalten“ eines Netzwerkes analysieren und Alarm schlagen, wenn Ereignisse davon abweichen. Da das IoT eine Kernkomponente ist, um Städte „smart“ zu machen, ist es auch wichtig, dass es eine ausreichende Bandbreitenunterstützung für Tausende von Geräten gibt, die verwendet werden. IoT-Daten enthalten Echtzeit-Einblicke in das menschliche Verhalten, insbesondere in die Interaktion mit der Umwelt. SD-WAN bietet IoT-Endpunkten die richtige Bandbreitenunterstützung, so dass Smart Cities Daten in Echtzeit nutzen können, um ein besseres Gesamterlebnis zu bieten. Da das Volumen und die Komplexität der von diesen datengesteuerten Städten produzierten Informationen exponentiell wächst, wird SD-WAN Systeme und Sensoren über die Cloud mit erschwinglichen, leistungsstarken KI-Anwendungen verbinden. So werden Daten eine entscheidende Rolle spielen, um die Probleme der Stadt von morgen zu lösen.

Fazit

Weltweit digitalisieren Gemeinden, Städte und größere Einheiten ihre Infrastruktur, um nicht nur zu modernisieren, sondern neue Erfahrungen für Besucher und Bewohner zu schaffen. Smart Cities versprechen ein umweltfreundlicheres, bedarfsgerechteres und besseres Umfeld für die Anpassung an den umfassenden Wandel unserer Zeit. Dabei verlassen wir uns in zunehmendem Maße auf das IoT. Das heißt auch, dass wir uns der wachsenden Bedeutung des Netzwerks und seiner Sicherheit für das Funktionieren unserer Infrastruktur bewusst werden müssen.



Smart-City-Konzepte müssen auf bestehenden Infrastrukturen aufbauen

orts und Gestaltung eines ganzen Stadtbezirks in Toronto. Das Projekt stellt zwar nur eine Interpretation einer zukünftigen Stadt dar, bietet aber eine Momentaufnahme dessen, was uns erwarten wird – eine neue Ära der urbanen Innovation. Tatsächlich wird prognostiziert, dass der globale Smart-City-Markt demnächst eine Billion Dollar übersteigt und bis 2025 weiter auf 2,5 Billionen Dollar wächst. Durch die Kombination moderner Technologien und modernster Infrastrukturentwicklungen werden diese

tionen von Geräten bereitzustellen, wird immer deutlicher, dass dies ein zusätzliches Cyber-Sicherheitsrisiko darstellt.

Risiken erkennen

Im Oktober wurde Johannesburg Opfer einer Ransomware-Attacke. Offizielle Stellen der Stadt sprachen damals von „Network Breach“. Später tauchten jedoch weitere Informationen auf, einschließlich einer Lösegeldforderung in Bitcoins. Die Angreifer, die sich selbst als „Shadow Kill Hackers“ bezeichne-

Der Autor

Stefan Keller, Head of Development bei Open Systems





[www.open-systems.com]



Die nächste Ausgabe der eGovernment Computing erscheint am Montag, den 23. März 2020. Das **SPEZIAL** dieser Ausgabe widmet sich dem Thema **eHealth**. Anzeigenschluss ist der 9. März 2020. Anzeigenhotline: 0821/2177-212 Lesertelefon: 0821/2177-194

IT-Service der Behörden einfach und schnell modernisieren

Plug & Play für das Rechenzentrum

Im Zeitalter der Cloud müssen IT-Services immer schneller bereitgestellt werden – auch große Installationen von Servern und Switches sollten so **schnell und reibungslos** wie möglich ablaufen. Mit Rapid Datacenter Deployment von Computacenter können Behörden Erneuerungen im Rechenzentrum deutlich beschleunigen.

Die Modernisierung des Rechenzentrums ist in der Regel sehr zeintensiv, denn Architekturplanung, Beschaffung, Lieferung und physische Implementierung verschlingen schnell einige Wochen. Hinzu kommt die hohe Komplexität, weil konvergente Infrastruktursysteme von unterschiedlichen Herstellern und Lieferanten eingesetzt werden. Dabei sind neben den verschiedenen Bestellwegen und Ansprechpartnern auch die Anlieferungen von diversen Anbietern terminlich zu koordinieren. Nicht selten kommen dabei 1.400 Einzelkomponenten zusammen, die zu unterschiedlichen Zeiten geliefert werden. Diese sind dann auszupacken, zu testen und zu verbauen. Das dauert. Fehlende Flächen für den Zu-

sammenbau der Komponenten im Rechenzentrum oder an Co-Location-Standorten stellen Behörden vor weitere Herausforderungen. Von dem enormen Verpackungsberg, der dabei entsteht, ganz zu schweigen. Und der stellt gerade

im Rechenzentrum ein ganz besonderes Risiko dar, weil die Staub- und Brandlast dadurch auf ein riskantes Niveau ansteigt. Mögliche verdeckte Transportschäden und unterschiedliche Firmware-Stände einzelner Komponenten sind



weitere Risiken bei einem solchen Projekt. Der Zeitaufwand, den IT-Mitarbeiter einer Behörde hierfür investieren müssen, ist immens.

Alles aus einer Hand

Mit dem Rapid Datacenter Deployment werden diese Aufgaben nicht länger den Mitarbeitern der Behörde aufgebürdet. Computacenter liefert in verplombten Flight Cases getestete und sofort einsetzbare Lösungen. Diese müssen nur noch per Plug & Play eingebunden werden. Verpackungsberge im Rechenzentrum gehören damit der Vergangenheit an. Auch zeitintensive Prozesse zum Anpassen oder gar Reparieren der Komponenten sind passé. Dank des herstellerübergreifenden Ansatzes erhalten Behörden Lösungen, die aus Produkten unterschiedlicher Anbieter bestehen und dennoch technologisch sauber miteinander verzahnt sind.

Schutz sensibler Daten gewährleistet

Um sicherzugehen, dass die Gesamtlösung alle gewünschten Funktionalitäten bietet, können sich die Auftraggeber bereits im Vorfeld remote auf ihre individuelle Rechenzentrums-Lösung aufschalten und bereits testen, während die Lösung noch im Integration Center von Computacenter in Kerpen steht. Zudem profitieren öffentliche Verwaltungen von einem ausgesprochen hohen Sicher-

heitsniveau. Über den Remote-Zugang vergeben sie einfach neue Passwörter, bevor das System das Integration Center verlässt. Somit hat niemand außer den entsprechenden Verantwortlichen Zugriff auf die hochsensiblen Behörden-daten.

Rechenzentrum erweitern in nur zehn Tagen

Das Rechenzentrum zu modernisieren, ohne sich um die lästigen Themen kümmern zu müssen, ist keine Magie, sondern leicht realisierbar. „Mit unseren Services lassen sich Infrastrukturen einfacher bereitstellen, betreiben und skalieren. Ist der Grundstein gelegt, kann eine Behörde ihr Rechenzentrum innerhalb von nur zehn Tagen modernisieren – anstatt wie früher 60 bis 90 Tage dafür einplanen zu müssen“, sagt Ulf Schade, Solution Manager Dynamic Datacenter bei Computacenter. „Die IT-Fachkräfte der öffentlichen Verwaltung erhalten so mehr Zeit, ihre Kompetenzen und Ressourcen in wichtigen Digitalisierungsprozesse einzubringen.“

Der Autor

Patrick Pensel, Direktor
Geschäftsfeldentwicklung
Öffentliche Auftraggeber bei
Computacenter



Weitere Informationen

finden Sie unter:

[www.computacenter.com/de]

Amazon Web Services

Cloud Computing mit AWS

Amazon Web Services (AWS) ist mit **mehr als 175 Services**, die umfangreiche Funktionen bieten und in global verteilten Rechenzentren wie in der Region Frankfurt bereitgestellt werden, die weltweit umfassendste und am häufigsten genutzte **Cloud-Plattform**.

Millionen von Kunden vertrauen auf AWS, wenn es darum geht, agiler zu werden, Kosten zu senken und Innovationen schneller zu realisieren.

Größter Funktionsumfang

AWS bietet im Vergleich zu anderen Cloud-Anbietern deutlich mehr Services, die darüber hinaus über einen größeren Funktionsumfang verfügen. Diese reichen von Infrastrukturlösungen wie Rechen-einheiten, Speicher und Datenbanken bis hin zu neu aufkommenden Technologien im Zusammenhang mit Machine Learning und künstlicher Intelligenz, Data Lakes und deren Analyse sowie dem Internet of Things. Die Services von AWS weisen darüber hinaus das größte Funktionspektrum auf. So bietet AWS

beispielsweise die größte Bandbreite von Datenbanken, die eigens für spezifische Anwendungen entwickelt wurden. Dadurch haben Sie immer das für Ihre jeweilige Aufgabe am besten geeignete Werkzeug mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis zur Hand.

AWS im öffentlichen Sektor

Behörden, Bildungsträger und gemeinnützige Organisationen stehen vor der ungewöhnlichen Herausforderung, komplexe Ziele mit begrenzten Ressourcen zu realisieren. Führungskräfte des öffentlichen Sektors, die an echten Cloud-Computing-Projekten beteiligt sind, greifen überwiegend auf die Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit von Amazon Web Services zurück, wenn sie den

Bürgern effektiver dienen, wissenschaftliche Durchbrüche erzielen, breitere Kreise erreichen und mehr Zeit und Ressourcen in ihre Kernaufgaben investieren wollen. In Deutschland sind wir stolz, Kunden wie die Deutsche Bahn, die Hochschule München oder die Berliner Philharmoniker auf ihrem Weg zur Digitalisierung zu unterstützen.

Größte Community von Kunden und Partnern

AWS hat die größte und dynamischste Community mit Millionen von aktiven Kunden und Zehntausenden von Partnern weltweit. Sie alle setzen auf AWS, um alle erdenklichen Anwendungsfälle zu realisieren. Das AWS-Partnernetzwerk (APN) umfasst tausende Systemintegratoren, die sich auf

AWS-Services spezialisiert haben, sowie zehntausende unabhängiger Softwareanbieter (Independent Software Vendors, ISVs), die auf AWS abgestimmte Technologie bereitstellen.

Höchstes Sicherheitsniveau

AWS wurde als eine der flexibelsten und sichersten Cloud-Computing-Umgebungen der heutigen Zeit konzipiert. Unsere Kerninfrastruktur erfüllt von Grund auf die Sicherheitsanforderungen von militärischen Einrichtungen, global tätigen Banken und anderen Organisationen, für die Sicherheit von allergrößter Bedeutung ist. Diese von Grund auf sichere Umgebung wird darüber hinaus durch eine umfassende Sammlung cloud-basierter Sicherheitstools ge-

schützt, die 230 wichtige Funktionen und Services rund um Sicherheit, Compliance und Governance bieten. Des Weiteren unterstützt AWS 90 Sicherheitsstandards und Compliance-Zertifizierungen. Zudem können Kundendaten mit allen 117 AWS-Services verschlüsselt werden, von denen solche erfasst werden.

Weitere Informationen

Mehr Information zu AWS für den öffentlichen Sektor und weitere Referenzen finden Sie auch unter:

[aws.amazon.com/de/government-education/dach-innovation]



Inserentenverzeichnis			
Amazon Web Services Germany EMEA S.A.R.L.	Berlin	aws.amazon.com/de	20
c.a.p.e. IT GmbH	Chemnitz	www.cape-it.de	20
Ceyoniq Technology GmbH	Bielefeld	www.ceyoniq.com	20
codia Software GmbH	Meppen	www.codia.de	20, 27
DATEV eG	Nürnberg	www.datev.de	20
Deutsche Messe AG	Hannover	www.messe.de	5
eGovernment Computing	Augsburg	www.egovernment-computing.de	7, 10, 30
Fabasoft International Services GmbH	Linz	www.fabasoft.at	20
Ferrari Electronic AG	Teltow	www.ferrari-electronic.de	31
Form-Solutions GmbH	Karlsruhe	www.form-solutions.de	20
Fujitsu Technology Solutions GmbH	München	de.ts.fujitsu.com	12
Governikus GmbH & Co. KG	Bremen	www.governikus.de	20
GRAU DATA GmbH	Schwäbisch Gmünd	www.graudata.com	23
InoTec GmbH Organisationssysteme	Wölfersheim	www.inotec.eu	11
Mindfactory AG	Wilhelmshaven	www.mindfactory.de	29
NTT DATA Deutschland GmbH	München	www.nttdata.com	8
Nutanix Germany GmbH	Frankfurt am Main	www.nutanix.de	20
PayPal Deutschland GmbH	Kleinmachnow	www.paypal.de	20
PDV GmbH	Erfurt	www.pdv.de	20, 32
procilon IT-Solutions GmbH	Taucha	www.procilon.de	20
PROSOZ Herten GmbH	Herten	www.prosoz.de	20
Rohde & Schwarz Cybersecurity GmbH	Berlin	cybersecurity.rohde-schwarz.com/de	15
Schütze AG	Berlin	www.schuetze.ag	20
Shuttle Computer Handels GmbH	Elmshorn	www.shuttle.eu	28
SmartDocuments	Deventer	www.smartdocuments.eu	20
VMware Global Inc	München	www.vmware.com	17
Vogel IT-Akademie	Augsburg	www.akademie.vogel-it.com	2
xsuite Group GmbH	Ahrensburg	www.xsuite.com	20
Redaktionell erwähnte Unternehmen			
Amazon Web Services Deutschland	München	www.aws.amazon.com/de/	25
Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. (BVSW)	München	www.bvsw.de	3
Bitkom e.V.	Berlin	www.bitkom.org	19
Bromium UK Ltd.	Cambridge	www.bromium.com	13
Bundesverband Gesundheits-IT - bvitg e.V.	Berlin	www.bvitg.de	19
Cassini Consulting GmbH	Berlin	www.cassini.de	9, 11
Computacenter AG & Co. oHG	Kerpen	www.computacenter.com	25
CONTACT Software GmbH	Bremen	www.contact.de	23
Deutsche Messe	Hannover	www.messe.de	11
FireEye Technologie Deutschland GmbH	Hallbergmoos	www.fireeye.de	13
Form-Solutions GmbH	Karlsruhe	www.form-solutions.de	19
GeoMV e.V.	Rostock	www.geomv.de	19
Hamburg Messe und Congress GmbH	Hamburg	www.hamburg-messe.de	19
Materna Information & Communications SE	Dortmund	www.materna.de	16
Messe Berlin GmbH	Berlin	www.messe-berlin.de	19
Newsenselab GmbH	Berlin	www.newsenselab.com	18
Open Systems AG	Zürich	www.open-systems.co	24
SMART-Q Softwaresysteme GmbH	Bochum	www.smart-q.de	18
spring Messe Management GmbH	Mannheim	www.springweb.de	19
TIE Kinetix GmbH	München	www.tiekinetix.com/de	22
Vendosoft GmbH	Inning am Ammersee	www.vendosoft.de	22
Virtual Solution AG	München	www.securepim.com	17
xsuite Group GmbH	Ahrensburg	www.xsuite.com	23

IMPRESSUM



eGovernment Computing

Vogel IT-Medien GmbH
Max-Josef-Metzger-Straße 21,
86157 Augsburg
Tel. 0821/2177-0,
Fax 0821/2177-223
redaktion.egovcom@vogel-it.de
Handelsregister Augsburg HRB 11943

Chefredaktion/CvD
Manfred Klein / mk (-133)

Ressort Politik
Ltg. Manfred Klein / mk
(verantwortlich, -133)

Ressort Praxis
Ltg. Susanne Ehneß /su
(verantwortlich, -180)
Ira Zahorsky / iz (-310)
Julia Mutzbauer / jm (-260)
Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe
Stefan Keller, Sabrina Klobsteg,
Sven Malte, Anja Noack, Thomas Popp,
Hadi Stiel, Elke Witmer-Goßner,
Daniela Schilling / ds

Co-Publisher
Harald Czelnai
(verantwortlich für
den Anzeigenteil, -212),
anzeigen@vogel-it.de
Fax 0821/2177-152
Mediaberatung
Sandra Schüller (-182)

Bild Seite 21
© martialred - sdecoret - stock.adobe.
com [M] Büchner

Anzeigendisposition
Mihaela Mikolic (-204)

Grafik & Layout
Michael Büchner

EBV: Carin Böhm
Anzeigen-Layout: Michael Büchner,
Bernhard Manhard

**Leserservice/Mitglieder-
betreuung:**
Sabine Assum (-194, Fax -228)
vertrieb@vogel-it.de

**Fragen zur Abo-/
Beitragsrechnung:**
Marcus Zepmeisel, DataM Services
GmbH, 97103 Würzburg,
Tel.: 0931/4170-446 (Fax -494)
mzepmeisel@datam-services.de

Geschäftsführer
Werner Nieberle

Redaktionsbeirat
Jon Abele, BearingPoint
Dirk Arendt, Check Point Software
Technologies GmbH
Reinhard Geigenfeind, Director Public
Sector Deutschland bei dxc
Prof. Dr. Walter Gora,
Vorstand Valora AG
Franz-Reinhard Habbel,
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Prof. Dr. Dirk Heckmann,
Ordinarius für Internet- und
Sicherheitsrecht, Passau
Prof. Peter Parycek, Leiter von ÖFIT

bei Fraunhofer FOKUS
Willi Kaczorowski, Berater
Matthias Kammer, DIVSI – Deutsches
Institut für Vertrauen und Sicherheit
im Internet
Dr. Stephan Klein, Governikus
Thomas Langkabel, Microsoft
Marc Monich, Mach AG
Dr. Pablo Mentzinis, SAP Deutschland
Christian Mohser, Moysies & Partner
Jochen Michels, Fujitsu
Technology Solutions GmbH
Lena-Sophie Müller,
Geschäftsführerin der D21
Dr. Philipp S. Müller, CSC
Edda Peters, subreport
Marc Reinhardt, Capgemini
Volker Kadow, PDV-Systeme GmbH
Andreas E. Thyen, LizenzDirekt
Deutschland GmbH
Holger Wosnitza, Materna

Erscheinungsweise:
12 Ausgaben jährlich
Abonnement
Preis des Jahresabonnements:
108,- inkl. MwSt. und Versand
Druck
Vogel Druck und Medienservice
GmbH, Leibnizstr. 5,
97204 Höchberg

Haftung
Für den Fall, dass Beiträge oder
Informationen unzutreffend oder fehler-
haft sind, haftet der Verlag nur beim
Nachweis grober Fahrlässigkeit. Für
Beiträge, die namentlich gekennzeichnet
sind, ist der jeweilige Autor verant-

wortlich. Redaktionelle Beiträge, die
zur Veröffentlichung in eGovernment
Computing bestimmt sind, können
auch auf allen Websites der Vogel
Communications Group verwendet
werden.
Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernom-
men. Sie können nur zurückgesandt
werden, wenn Rückporto beiliegt.

Copyright Vogel IT-Medien GmbH
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck,
digitale Verwendung jeder Art, Vervielfäl-
tigung nur mit schriftlicher Geneh-
migung der Redaktion. Fotokopieren
veröffentlichter Beiträge ist gestattet zu
innerbetrieblichen Zwecken, wenn auf
jedes Blatt eine Wertmarke der Ver-
wertungsgesellschaft Wort, Abt. Wis-
senschaft, in 80336 München, Goethe-
straße 49, nach dem jeweils geltenden
Tarif aufgeklebt wird.

**Nachdruck und elektronische
Nutzung**
Wenn Sie Beiträge dieser Zeitschrift für
eigene Veröffentlichung wie Sonder-
drucke, Websites, sonstige elektroni-
sche Medien oder Kundenzeitschriften
nutzen möchten, erhalten Sie Informa-
tion sowie die erforderlichen Rechte
über:
www.mycontentfactory.de
Tel. 0931/418-2786.

Verbreitete Auflage
10.533 Exemplare, (IVW IV/2019)
Die Artikel dieser Publikation
sind in elektronischer Form

über das Datenbankangebot
der GBI zu beziehen:
www.gbi.de

Mitgliedschaft



eGovernment Computing ist die Zei-
tung für die Digitalisierung der Verwal-
tung und Öffentliche Sicherheit. Sie
informiert IT-Entscheider in Bund,
Land, Kommune und in den Öffentli-
chen Einrichtungen über alle fachlich
relevanten Bereiche der digitalen Infor-
mationsverarbeitung im Public Sector.
Das Onlineportal www.eGovernment-
Computing.de stellt maßgeschneiderte
Services für IT-Entscheider der Öffent-
lichen Hand dar und bietet ein umfang-
reiches, exklusives Webangebot mit
hohem Nutzwert. Das Stammhaus
Vogel IT-Medien, Augsburg, ist eine
100prozentige Tochtergesellschaft der
Vogel Communications Group. Der
führende deutsche Fachinformations-
anbieter mit rund 100 Fachzeitschrif-
ten und 60 Webseiten sowie zahlrei-
chen internationalen Aktivitäten hat
seinen Hauptsitz in Würzburg.
Die wichtigsten Angebote des Verlages
sind IT-BUSINESS, eGovernment
Computing, Healthcare Computing,
BigData-Insider.de, CloudComputing-
Insider.de, DataCenter-Insider.de,
Dev-Insider.de, IP-Insider.de,
Security-Insider.de, Storage-Insider.de

Marktübersicht

eGovernment

COMPUTING

Anbieter & Bezugsquellen

codia

Ein Unternehmen der d.velop AG

**eAkte mit
d.3ecm**

Die moderne eAkte passend für
jeden Fall. Digitalisierung aller
verwaltungsweiten Prozesse.

**codia DMSforum 2020
am 29.-30.09.2020 in Fulda**

Jetzt anmelden: codia.de/codia-dmsforum

codia. Ihr Spezialist für die digitale Verwaltung.

codia Software GmbH | Edisonstraße 2 | 49716 Meppen | Telefon 05931 93980 | www.codia.de



**GERÄUSCHLOSER
DAUERBETRIEB**



FANLESS



OPERATION



2x GIGABIT



HDMI 2.0



USB 3.1 10 GBIT**



WI-FI + BT

FANLESS-PCS FÜR DEN SPRUNG IN DAS NEUE JAHRZEHNT

Vier lüfterlose Mini-PCs, ideal geeignet zur Nutzung am Schreibtisch, im Lager, in der Produktion, als Server oder im Bereich Digital Signage. Mit der DS10-Reihe lässt sich Ihr Wunschprojekt realisieren. Sie brauchen dabei nur wenig Rücksicht nehmen, denn die platzsparenden PCs sind äußerst widerstandsfähig. Dank großer Anschlussvielfalt wird hier jeder wunschlos glücklich.

Weitere Infos unter: WWW.SHUTTLE.EU

* Empfohlener Händlereinkaufspreis in Euro bei offiziellen Shuttle Distributoren. ** Nur DS10U3, DS10U5, DS10U7.
*** Zubehör WWN03 wird benötigt. Eingabegeräte nicht im Lieferumfang enthalten. Änderungen vorbehalten.

SHUTTLE® XPC DS10U

- Celeron 4205U
- Intel UHD Graphics 610
- 4x USB 3.1 Gen 1 (5 Gbit/s)

DS10U3

- Core i3-8145U
- Intel UHD Graphics 620
- 4x USB 3.1 Gen 2 (10 Gbit/s)

DS10U5

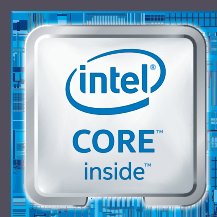
- Core i5-8265U
- Intel UHD Graphics 620
- 4x USB 3.1 Gen 2 (10 Gbit/s)

DS10U7

- Core i7-8565U
- Intel UHD Graphics 620
- 4x USB 3.1 Gen 2 (10 Gbit/s)

- 4x USB 2.0, 1x COM
- Bis zu 32 GB DDR4-Speicher (SO-DIMM)
- HDMI 2.0a, DisplayPort 1.2, VGA
- 1x M.2-2280 für NVMe-SSDs und 1x 2.5"-Festplatte/SSD
- 2x Gigabit Ethernet, WLAN ac und Bluetooth
- Für den LTE-Empfang vorbereitet***
- Remote-Power-On-Anschluss, Always-On-Funktion
- Wand/VESA-Montagemöglichkeit

AB € 208,-*



UniFi AP Indoor/Outdoor Accesspoint

UniFi ist ein revolutionäres WLAN-System, das Enterprise Performance, unbegrenzte Skalierbarkeit und einen zentralen Management-Controller miteinander kombiniert. Die UniFi 802.11AC Dual-Radio Access Points (APs) haben ein raffiniertes Industriedesign und können dank der mitgelieferten Befestigungsmaterialien schnell und einfach montiert werden.



Alle Features im Überblick:

- Unbegrenzte Skalierbarkeit
- Bahnbrechende Geschwindigkeiten von bis zu 1300 Mbps im 5 GHz-Band
- Intuitive UniFi Controller-Software
- Bis zu 5x schneller dank Dual-Radio 3x3 11AC MIMO-Technologie

Artnr.: 8649235

€ 112,90*



UniFi Video Camera Indoor/Outdoor

Die Ubiquiti G3-FLEX ist eine 1080p Indoor/Outdoor IP Kamera mit einem Infrarot-Sperrfilter für die Nachtsichtfunktion. Die G3-FELX Kamera hat eine Auflösung von 1080p, kann sowohl bei Tag als auch in der Nacht eingesetzt werden und besitzt ein integriertes Mikrofon und hat ein witterungsbeständiges Gehäuse für den Betrieb im Freien.

Artnr.: 8871210

€ 63,90*



UniFi Switch US-24-250W

Mit dem Ubiquiti UniFi Switch US-24 Switch verwalten Sie Ihre Netzwerke einfach und bequem von einer einzigen Steuerungsebene aus. Zudem unterstützt der Switch zusätzlich Gastportale oder einen Hotspot. Die zwei SFP Ports ermöglichen Glasfaserverbindungen mit bis zu 1 Gbps. Der Switch unterstützt sowohl Active- als auch Passive-POE und versorgt Geräte dieser Standards mit Strom.

Artnr.: 8629507

€ 324,90*



UniFi Security Gateway

Der UniFi Security Gateway Router bietet erweiterte Firewall Features für besonders guten Schutz des Netzwerks. Mit dem UniFi Security Gateway ist es möglich VLANs virtuelle Netzwerke zum Segmentieren und Managen des Netzwerkdatenverkehrs zu erstellen und zu verwalten. Site-to-Site VPN Verbindungen sorgen für Sicherheit durch verschlüsselte Datenübertragung über das Internet.

Artnr.: 8627181

€ 94,90*



Western Digital

Ohne Festplatten

My Cloud EX4100

Speichern Sie all Ihre wertvollen Fotos, Videos, Musiktitel und Dateien auf dieser sofort einsetzbaren NAS-Lösung mit hoher Leistung, die es Ihnen erlaubt, von überall und jederzeit darauf zugreifen zu können. Schützen Sie Ihre Inhalte mit mehreren Sicherungsoptionen und passen Sie Ihren NAS mit einer vollständigen Suite an Apps an.

Artnr.: 8621839

€ 329,90*



Western Digital

Ohne Festplatten

My Cloud EX2 Ultra

Speichern Sie Ihre Medien mit dieser leistungsstarken High-Performance-NAS-Lösung an einem einzigen Ort und greifen Sie von überall sicher auf sie zu. Mit My Cloud EX2 Ultra können Sie Inhalte automatisch über mehrere Computer synchronisieren, Dateien und Ordner einfach freigeben und mehrere Sicherungsoptionen nutzen, um ein eigenes personalisiertes System zu erstellen.

Artnr.: 8652630

€ 118,90*



Western Digital

Red™ WD80EFAX 8 TB

Sie benötigen sehr große und leistungsfähige NAS-Speichersysteme? Dann ist das breite Spektrum an Lösungen der WD Red™ genau das Richtige für Sie. Durch den reduzierten Stromverbrauch bleibt die Betriebstemperatur Ihres NAS niedrig. Niedrigere Temperaturen tragen zu einer höheren Zuverlässigkeit Ihrer NAS-Lösung bei.

Artnr.: 8864612

€ 199,90*



Montageservice + optionale Installation

Sie möchten die Komponenten Ihres PCs gerne selbst zusammenstellen, haben aber nicht die nötige Zeit, diese auch selber zusammenzubauen? Kein Problem. Wir prüfen die Zusammenstellung, bauen den PC zusammen und installieren das mitgekaufte Betriebssystem. Dauertest inklusive.

Interesse?

Wir erstellen Ihnen gerne ein individuelles Angebot bereits ab einer Auftragsgröße von 5 PC-Montagen.



Canon

PIXMA TS5050

Hochwertiger Farbdruck ganz bequem, Scan- und Kopierfunktionen, WLAN, Cloud-Konnektivität und ein einfach bedienbares 7,5 cm (3,0 Zoll) LC-Display - alles im kompakten und platzsparenden Gehäuse. Drucken Sie wunderschöne Fotos und gestochen scharfen Text - über USB-Kabel, per WLAN oder direkt von einer SD-Speicherkarte. Die Canon FINE Tintenstrahl-Drucktechnologie und 5 separate Tintentanks sorgen ganz einfach für großartige Drucke bei reduzierten Druckkosten.

Artnr.: 8747631

€ 68,90*



Tinten- und Tonerfinder

Auf der Suche nach Ersatzpatronen? Nutzen Sie einfach unseren Tinten- und Tonerfinder!

Wählen Sie einfach im DropDown-Menü den Hersteller Ihres Druckers aus. Anschließend werden die verschiedenen Modelle angezeigt. Druckermodell auswählen und alle passenden Tinten/Toner angezeigt bekommen.

mindfactory.de/Tintenfinder

Anbieter & Bezugsquellen

eGovernment
COMPUTING

**plakativ &
reichweitenstark**



Der Marktplatz fürs Direktgeschäft!

Anbieter & Bezugsquellen
ist das optimale Umfeld für Ihre
Preis- und Produktanzeigen

- offensiver Werbeauftritt
- direkte Abverkaufssteigerung
- hohe, qualifizierte Reichweite
- attraktive Konditionen

Nähere Informationen gibt
unser Media-Team unter
0821 / 2177-212 / -182 oder
anzeigen@vogel-it.de

Marktübersicht
eGovernment
COMPUTING

Anbieter & Bezugsquellen



Jetzt informieren!
Dienstreisen
digital beantragen
und abrechnen

Aufrufen, abarbeiten, archivieren.
Alles wie gewohnt. Nur viel schneller.
eAkte mit d3ecm

Elektronische Aktenführung mit gewohnter Ordnerstruktur und intuitiver Bedienbarkeit: Die eAkte gewährleistet effiziente Vorgangsbearbeitung in der öffentlichen Verwaltung. Sämtliche Informationen und Dokumente sind jederzeit und überall – natürlich auch mobil – auf einfachste Weise verfügbar und nutzbar. Mit höchster Datensicherheit.

Sprechen Sie uns an.

codia
develop
eGovernment
solutions

codia Software GmbH | Nödiker Straße 118 | 49716 Meppen | Telefon 05931 93980 | info@codia.de | www.codia.de

Digitaler Austausch von Dokumenten

Prozesse beschleunigen, Papierflut eindämmen

Sicherheit ist eine große Herausforderung bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. NGDX setzt hier auf End-to-End-Übertragung, die zusätzlich verschlüsselt oder digital signiert werden kann. Besonders sensible Dokumente können optional über die Blockchain abgesichert werden. Der Weg der Daten ist dann lückenlos nachweisbar, Manipulationen von Dokumenten nicht mehr möglich. Ob Rechnungen, Bescheide oder Akten, Transaktionen können ohne letzten Zweifel bewiesen oder nachweisbar archiviert werden.

Verwaltung attraktiv gestalten, Mitarbeiter entlasten – jetzt ist es Zeit,
die Weichen für eine zukunftsfähige digitale Verwaltung zu stellen.

Next Generation Document Exchange

NGDX

ÜBERZEUGT KUNDEN SOWIE GESCHÄFTSPARTNER –
UND DAS BRANCHENÜBERGREIFEND.



Ferrari
electronic

ngdx.ferrari-electronic.de

ferrari-electronic.de

Sie möchten mehr erfahren, dann besuchen Sie uns auf der TWENTY2X: Halle 7, Stand B16!

Leitfaden



PDV

Premiumpartner der
digitalen Verwaltung

Golden Twenties?

Zwanzig Thesen zur
Entwicklung der digitalen
Verwaltungsarbeit



Neue Leitfäden
kostenfrei zum
Download unter
► pdv.de/leitfaden

Wenn Kunden und Hersteller gemeinsam ihre
Expertise weitergeben,
nennen wir das: **Premium.**

www.pdv.de